

Volksmacht

Die Volksmacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.

Bezugspreis monatlich 25 Pfg., vierteljährlich 75 Pfg., einschließlich Trägerlohn. In den Abholstellen monatlich 20 Pfg. Durch die Post bezogen vierteljährlich 75 Pfg. ausschließlich Bestellgeld. Einzelnummer 5 Pfg.

Anzeigenpreise:

Die gespaltene Belegzeile 20 Pfg., für auswärts 30 Pfg., die gespaltene Reklamazeile 60 Pfg. Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen 10 Pfg. Anzeigen mit Platzbestimmung werden besonders berechnet.

Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition
Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion
und Expedition 3290

Nr. 12

Danzig, Sonnabend den 25. März 1916

7. Jahrgang

Eine Krise

Staatssekretär der Marine v. Tirpitz hat sein Abschiedsgesuch eingereicht. Der preussische Ministerpräsident, Reichskanzler v. Bethmann Hollweg, erlitt in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses eine schwere Niederlage. Die erste und die zweite Talsache scheinen uns in engem Zusammenhang zu stehen. Tirpitz war der Schützling der imperialistischen Kreise, er galt als der Nachfolger des Kanzlers, dem die Imperialisten nicht über den Weg trauen. Vor kurzem wurde bekanntgegeben, daß Tirpitz krank sei, und jetzt zeigt sich, daß es die Ministerkrankheit war. Die amtliche Meldung über die Entlassung v. Tirpitz — wir brachten sie bereits in der vorigen Nummer und wiederholen sie heute nochmals — zeigt die schroffe Form, die wir an Ministerentlassungen unter Bethmann Hollweg gewohnt sind. Sie lautet:

W. L. B. Berlin, 15. März. (Amlich.) Wie wir hören, hat der Staatssekretär des Reichsmarineamts, Großadmiral von Tirpitz, sein Entlassungsgesuch eingereicht. Zu seinem Nachfolger ist Admiral v. Capelle in Aussicht genommen.

Kein Wort der Begründung, kein Wort der Anerkennung für den Heroismus der maritimen Herrschaftsbestrebungen Deutschlands. Die preussische Budgetkommission scheint sofort Rache genommen zu haben, denn aus Berlin wird unterm 15. März folgendes gemeldet:

Die verstärkte Staatshaushaltskommission des Abgeordnetenhauses beriet heute über das Schreiben des Reichskanzlers und Präsidenten des königlichen Staatsministeriums an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses vom 12. Februar 1916, betreffend die parlamentarische Behandlung auswärtiger Fragen durch das Abgeordnetenhause. Der Berichterstatter, Abg. Dr. Irmer, begründete in seinem Referat die Zuständigkeit des Abgeordnetenhauses für die Erörterung auswärtiger Fragen und beantragt folgenden Beschluß zu fassen: Das Haus der Abgeordneten hält gegenüber der in dem Schreiben des Präsidenten des Staatsministeriums vom 12. Februar 1916 vertretenen Auffassung an seinem verfassungsmäßigen Rechte fest, der königlichen Staatsregierung auch in auswärtigen Fragen seine Ansicht auszusprechen und um Auskunft über die Stellung der preussischen Mitglieder des Bundesrats in solchen Fragen zu ersuchen. Dazu war aus der Kommission abändernd beantragt, dem letzten Satz des Antrages folgende Fassung zu geben: und um Auskunft über ihre Stellung im Bundesrate in dieser Frage zu ersuchen. Weiter war aus der Mitte der Kommission beantragt: die Kommission wolle beschließen: die in dem Schreiben des Herrn Ministerpräsidenten vom 12. Februar 1916 berührte Frage der Zuständigkeit des preussischen Abgeordnetenhauses zur Erörterung auswärtiger Angelegenheiten des Reiches durch die hierüber in der Plenarsitzung vom 16. Februar gemachten Bemerkungen des Herrn Ministerpräsidenten für erledigt zu erklären. Der Staatsminister v. Jagow erklärte, daß nach der Stellung, die das Staatsministerium zu der vorliegenden Frage einnehme, er sich gegen den Antrag des Berichterstatters aussprechen müsse, dagegen gegen die Annahme des anderweitig gestellten Antrages, die Sache durch die Erklärung des Präsidenten für erledigt zu erklären, Bedenken nicht habe. Der letztgenannte Antrag wurde von der Kommission gegen vier Stimmen abgelehnt und darauf der abgeänderte Antrag des Berichterstatters in folgender Fassung mit 23 gegen 5 Stimmen angenommen: Das Haus der Abgeordneten hält gegenüber der in dem Schreiben des Präsidenten des Staatsministeriums vom 12. Februar 1916 vertretenen Auffassung an seinem verfassungsmäßigen Rechte fest, der königlichen Staatsregierung auch in auswärtigen Fragen seine Ansicht auszusprechen und um Auskunft über ihre Stellung im Bundesrate in dieser Frage zu ersuchen.

Das ist eine so schroffe Niederlage der Regierung, daß in jedem anderen Parlament ein sofortiger Rücktritt selbstverständlich wäre. Was in Deutschland geschieht, ist klar, nämlich die Anrufung der Entscheidung des Kaisers durch den Kanzler, und da diese Entscheidung sicher vor Einsetzung der Krise schon erfolgte, so wird nichts geschehen als der Wille des Kanzlers, und dieser Wille ist vorläufig noch gänzlich unbekannt. An eine Liquidation der bisherigen Politik ist gar nicht zu denken, da die Kreise, auf deren Wünsche sie aufgebaut ist, geradezu übermächtig sind. Die Linke in der deutschen Politik kann den Ereignissen mit größerer Ruhe zusehen, als die imperialistischen Kreise, die unseres Erachtens doch etwas überrascht sein werden, daß ihre Hilfsaktionen für Tirpitz so wenig genutzt haben. Das Ringen um Tirpitz ist ja nicht mehr neu.

Alfred Tirpitz ist 67 Jahre alt und in Küstrin geboren. Er trat im Jahre 1865 in die Marine ein, wurde 1872 Leutnant, dann Kapitänleutnant, in welcher Eigenschaft ihm General v. Caprioli die Leitung des Torpedowesens übertrug. Bereits als Korvettenkapitän wurde er 1886 der erste Inspektor der damals neu geschaffenen Inspektion des Torpedowesens. Seit dem Jahre 1888 Kapitän zur See, erhielt er 1895 den Rang eines Konteradmirals. Als solcher kommandierte er 1896/97 die ostasiatische Kreuzerdivision. 1898 wurde

er zum preussischen Staatsminister ernannt. 1900 erhielt er mit dem Schwarzen Adlerorden den erblichen Adel. 1903 Admiral geworden, erlangte er acht Jahre später auch die Würde des Großadmirals. Herr v. Tirpitz, persönlich eine stattliche Erscheinung, hat sich während seiner langjährigen Tätigkeit im Reichsmarineamt auch als feiner Diplomat und gewandter Redner erwiesen.

Ueber die Ermordung des Genossen Jaurès

und über die Versuche, den Prozeß zu verschleppen und den Tatbestand zu verschleiern, verbreitet eine Genfer Korrespondenz die folgenden sensationellen Mitteilungen, die wir in der Post, Braunschweiger Landeszeitung usw. finden:

In Frankreich gewinnt die Bewegung, die sich für die rühmlose Ermordung der den Mord an Jaurès noch immer verunkeltenden Einzelheiten empört, ständig mehr an Boden. Obwohl die französischen Behörden sich alle Mühe geben, den Tatbestand zu verschleiern, wird der Irrtum wahrscheinlich nicht mehr lange auf sich warten lassen und zu einem Klunge ausmachen, der den der Dreyfus-Affäre noch bei weitem übertrifft. Wie sehr man in Regierungskreisen den Skandal fürchtet, beweist die Tatsache, daß den Erben Jaurès von Seiten der französischen Regierung für die Herausgabe der schriftlichen Hinterlassenschaft die nette Summe von einer halben Million Franken geboten worden ist. Diese Summe ist aber von Clemenceau, der den literarischen Nachlass Jaurès nach dem Kriege im L'Espresso Cuchain veröffentlichte, überboten worden. Die Erben Jaurès dagegen lehnten beide Angebote ab und blieben bei der Weigerung, die Manuskripte herauszugeben. Auch das Vermittelnde der Briefschaften für ein später zu errichtendes Jaurès-Archiv verweigerten sie zu wollen, zog nicht. Caspard Jaurès, ein Neffe des Ermordeten, sagte, man wolle aus den Akten des Prozesses, der gegen den Mörder seines Onkels geführt werde, ein juristisches Autoritäten-Archiv gründen. Es ist bekannt, daß der Pariser Volksrechtler Lépine vor etwas über ein Jahr sein Amt niedergelegt hat. Er hatte nämlich das persönliche Recht, in einem der Mordhelfer ein Todesurteil zu erwirken und von dieser Ermittelung seinem Freunde Clemenceau zu berichten, der von der Nachricht, die er Lépine verdankt, zu gelegener Zeit gute Verwendung machen wird. — Kürzlich erliefen bei den Erben Jaurès ein höherer Polizeikommissar in Begleitung mehrerer Geheimpolizisten und forderte, daß man ihm den Nachlass auf Grund einer Verfügung des Generalstaatsanwalts, der die letzten Briefe Jaurès zur Unterstützung seines Beweismaterials benötige, herausgäbe. Man verlangte diese Verfügung zu sehen, der Beamte hatte sie nicht bei sich, aber nach einer Stunde kam er wieder, nicht mit der Unterschrift des Staatsanwalts, sondern der des Chefs der politischen Polizei. Er hat feinerlei Papiere mehr vorgefunden. Unter den von der politischen Polizei gemündeten Manuskripten befand sich ein Brief Jaurès an den belgischen Sozialisten Banderseide, der den festen Willen Jaurès kundgab, den Kriegsausbruch zu verhindern. Jaurès schrieb in dem Briefe folgendes:

„Die Lage muß und wird eine Entspannung erfahren, sobald die französische Regierung erklärt, daß sie nicht gern die ferbische Sache als eine russische sähe. In der Nacht der französischen Regierung läge es, Rußland am Kriege zu verhindern. Aber man muß den Krieg, den man schon lange führte. Unsere Sache darf nicht die russische sein, wir dürfen unser Land nicht bluten lassen, um die Knutenherrschaft des weißen Jaren zu befestigen. Europa würde von Affen erschlagen. Suchen Sie in Ihrem Wirkungskreis jede Steigerung des Kriegswahns zu dämmen. Welche Interessen für Belgien auf dem Spiele stehen, wissen Sie. Aber diese Interessen können nur durch den Frieden gewahrt werden, aus dem sich kein Land, auch nicht durch die glänzendsten Versprechungen, herausreißen lassen soll. Hier treiben alle schädlichen Kräfte zum Kriege, den man führen will zur Erfüllung eines krankhaften Ehrgeizes und weil die Börsen London und Paris auf Petersburg spekuliert haben. Ich werde jetzt zu den Franzosen sprechen, von Verammlung zu Verammlung fahren, vielleicht greife ich zum Generalstreik. Ein drohender Generalstreik muß die Mobilisierung Frankreichs hindern. Greifen Sie auch zu jedem Mittel, um für den Frieden zu wirken.“

Der Brief ist vom 20. Juli 1914 datiert, am 30. Juli wurde auch die Briefzeitung veröffentlicht. Am 1. August war Jaurès ein toter Mann. — Der literarische Nachlass Jaurès befindet sich in der Schweiz. Nach dem Kriege oder vielleicht auch früher, wird ein anderer Brief eine große Rolle spielen, in dem Jaurès schreibt, er wolle bestimmen, daß er im Falle einer Mobilisierung erschossen würde, daß der Mord an ihm sozusagen ins Kriegsprogramm Delcassés gehöre, und daß Delcassé schon vor Jahren in Petersburg gelebt habe. Jaurès wird am Tage der Mobilisierung ein stiller Mann sein.“

Kriegsnachrichten

Russische Offensive südlich von Dünaburg

Wie aus den deutschen Generalstabsberichten zu ersehen ist, hat südlich von Dünaburg ein starker russischer Angriff gegen die deutschen Stellungen eingesehlt, und zwar haben die Russen auf der Linie Drymujatz-See—Postawj und beiderseits des Narocz-Sees angegriffen. Der Drymujatz-See liegt etwa 40 Kilometer südlich von Dünaburg. Postawj liegt etwa 50 Kilometer südlich vom Drymujatz-See. Die Entfernung zwischen diesem Ort und dem Narocz-See beträgt wieder etwa 30 Kilometer. Aus der Länge der Kampffront ist zu schließen, daß es sich hier um eine bedeutende russische Aktion handelt. Die großen russischen Verluste — nach dem Generalstabsbericht sind an einem Tage dort 9270 gefallene Russen

gezählt worden — zeigen, daß sehr starke russische Kräfte an dem Angriff beteiligt gewesen sind. Auch bei Riga haben die Russen angegriffen und sind unter schweren Verlusten zurückgeschlagen. Im deutschen Generalstab wird erklärt, daß man die russischen Angriffe schon längst erwartet habe. Es ist wahrscheinlich, daß diese russische Aktion der Beginn einer größeren Offensive ist, durch die die Russen ihren bei Verbund bedrohten Bundesgenossen Hilfe leisten wollen. Ist das der Fall, so muß damit gerechnet werden, daß der russische Ansturm längere Zeit dauert.

Lo. von friert

Wolffs Telegraphen-Bureau meldet aus London: Das Handelsamt veröffentlicht eine Aufforderung an das Publikum, den Fleischverbrauch einzuschränken, da es dringend notwendig sei, mit den Vorräten zu sparen, die Schifffahrt zu entlasten und einer weiteren Preiserhöhung auszuweichen.

Die Daily Mail berichtet, in London herrsche eine große Kohlennot. Mehrere Schulen können nicht geheizt werden. Weder Arme noch Reiche können so viel Kohlen aufstreifen, wie sie brauchen. Wenn sich in den Straßen ein Kohlenwagen zeigt, stürzen sich die Angehörigen aller Gesellschaftsklassen mit allen möglichen Gefäßen auf ihn, um etwas Kohlen zu erhalten. Man sehe Prozessionen von Kinderwagen mit Kohlern auf der Straße, und es sei durchaus nichts Ungewöhnliches, elegant gekleidete Damen auf der Jagd nach dem kostbaren Brennstoff zu treffen. Wenn sie etwas erlangen können, bringen sie diesen Schatz in Handkoffern und Champagnerkübeln und manche sogar in Automobilen nach Hause.

Mißstimmung in Holland

Zwei große holländische Schiffe, die Dampfer Tubantia und Palembang, sind in der Nordsee gesunken. Ob sie auf Minen liefen oder torpediert wurden, ist bisher nicht festgestellt. Menschenleben sind glücklicherweise nicht verloren gegangen. Da aber die vernichteten Schiffe sehr wertvolle Objekte darstellen, ist die öffentliche Meinung in Holland stark erregt.

Griechenland rundet sich ab.

Die griechische Regierung macht bekannt, daß sie das südliche Albanien annektiert.

Ministerrücktritte

Der französische Kriegsminister Gallieni und der russische Minister des Innern Chwoftow sind zurückgetreten.

Politische Rundschau

Französische Stimmungen.

Die Neuyorker Volkszeitung veröffentlicht einen Bericht des früheren Sekretärs des Genossen Jean Longuet, des Genossen Courland, der vor kurzem von Frankreich nach den Vereinigten Staaten überfiedelte. Courland ist Anhänger der internationalistischen Minderheit der französischen Sozialisten. Seine Ausführungen ergänzen in mancher Hinsicht, was über die Stimmung in der französischen Arbeiterschaft und in der Armee bekannt geworden ist. Sie mögen deshalb in einem Auszug als Material zur Beurteilung der Lage in Frankreich nachstehend Platz finden:

„Während des im Dezember in Paris stattgehabten Parteitages der Vereinigten Sozialisten — sogte Courland — machte sich der dem Frieden günstige Geist bei der Mehrheit der Kongreßteilnehmer offenbar, und nur der Ueberredungskunst der sozialistischen Minister ist es zu danken gewesen, daß der Kongreß davon absah, sich für eine über das ganze Land erstreckende Friedenspropaganda zu erklären.“

Die meisten Sozialisten sind für den Frieden. Sie schweigen nur, weil die Regierung darum ersuchte, um es in Deutschland nicht so erscheinen zu lassen, daß Frankreich kriegsmüde sei. . . .

Interessant sind die Beobachtungen, die Genosse Courland in den verschiedenen Lagern und Gefängnissen machte, in denen er eine Zeitlang als Zivilgefangener festgehalten wurde:

„Die große Mehrzahl der Soldaten würde drei Jahre Gefängnis drei Monaten Schützengraben vorziehen. In den Militärgefängnissen, in denen ich gewesen bin, wurden mir wenigstens 500 Fälle bekannt, in denen ein Mann seinen Vorgesetzten beleidigte, damit er sechs Wochen Ruhe bekam. Wir kamen Fälle zur Kenntnis, in denen Leute selbst desertierten und sich dann stellten, damit sie im Gefängnis eine Ruhepause erhielten. Sie fänden nicht einen unter zehn Soldaten, die, wenn sie von ihrem Offizier getragt werden würden, ob sie Frieden oder Krieg wollen, sich nicht ohne weiteres für den Frieden unter der Bedingung erklären würden, daß die feindlichen Heere Frankreich verlassen.“

Im Gefängnis von Leman traf ich 1700 bis 1800 Soldaten, von denen die meisten prozessiert werden sollten, weil sie von der

front besetzten, um beim zu fahren. Jeden Tag wurden die Wäcker in den Detentionslagern gewaschen. Viele von diesen 40 oder 50 Leuten sah ich Ohrenzeichen tragen. Einige waren Unteroffiziere, und viele von ihnen waren verwundet und blieben noch zur Erholung in den Depots auf. Diese Leute sagten: Wir wollen Frieden, aber wenn Sie einen Franzosen zur Front zurückschicken, so geht er. Sie sagten aber: Wir sind sicher, daß die Deutschen nicht nach Paris kommen können. Wir wissen, daß unsere Festungen unzerstörbar sind. Warum sollten wir darum nicht Frieden schließen?

Nicht einer von hundert verlangt nach Rache. Selbst die eifrigste Frage tritt in den Hintergrund. Ich sage dies ohne Zögern, denn ich habe mit diesen Soldaten in allen Lagern, in denen ich gewesen, gesprochen. Sie waren freundlich zu mir und sprachen sich mir gegenüber freimütig aus.

Hätte der Parteitag der französischen Sozialisten die Friedenspropaganda aufgenommen, so läßen Sie bei der Hälfte des französischen Volkes eine Sinnesänderung...

Dies das Wesentliche aus dem Bericht des Genossen Courlain. Was manches in ihm auch subjektiv gefärbt sein, so stimmt er doch im großen und ganzen mit dem überein, was uns aus den Berichten des Labour Leader, des Abvanti, der Rasche Slowo und aus verschiedenen Publikationen der französischen Minderheit bekannt geworden ist.

Aus dem Reichstage.

Bevor sich am Mittwoch der Vorhang der parlamentarischen Schaubühne erhob, wurde eine Schlacht hinter den Kulissen geschloß. In den Senatorenkonvent war keine Einigung darüber erzielt worden, ob die U-Bootsfrage und der Tirpitz-Konflikt in Verbindung mit der Staatsdebatte oder zu einem späteren Zeitpunkt in besonderer politischer Debatte behandelt werden sollte. So mußte eine außerordentliche Fraktions-sitzung der Konservativen abgehalten werden mit dem Ergebnis, daß die Angelegenheit auf nächste Woche vertagt wurde. Einverständnis auf allen Seiten. Nur Genosse Vieblnecht protestierte unter Hinweis auf das hohe Interesse der Öffentlichkeit an einer ruhigen und offenen Erledigung des Konflikts gegen die geplante Verschleppungspolitik, die offensichtlich darauf hinauslaufe, Zeit zu gewinnen, um schließlich das Parlament vor fertige Tatsachen zu stellen. Sein Einspruch war vergeblich.

In zweistündiger Rede nahm hierauf als erster Redner der Sozialdemokratischen Fraktion Genosse Keil Stellung zu den Steuervorlagen. Er wandte sich, breit ausladend und in sehr gründlichen Erörterungen, dem großen Komplex der durch die neuen Steuerprojekte markierten Reichsfinanzpolitik zu, um zum Schluß ziemlich energische Töne gegen den Schatzsekretär zu senden. Er charakterisierte die Kriegsgewinnsteuer in ihrer Halbsheit und Einseitigkeit, kündigte für die Kommissionsberatungen einschneidende Verschärfungsanträge an und drohte der Regierung, falls sie die ausgetretenen Gleise der bisher geübten Steuerpolitik weiter wandeln werde, mit verhängnisvollen Folgen. Er geißelte die „brutale Auffassung“, die aus der Begründungsrede Helfferichs zur Tabaksteuervorlage spreche, und verwies nachdrücklich auf die Lebensinteressen der mehr als 200 000 in Betracht kommenden Tabakarbeiter. Er schonte nicht Hohn und Spott gegenüber dem einzigen Prinzip der helfferichschen Kriegsteuerpolitik: Geld, Geld, Geld! unter dem jedes andere Prinzip zurückbleibe. An Stelle der Verbrauchs- und Verkehrssteuern, durch die der oft betonte Grundtag: keine neue Belastung des Verbrauchs der breiten Massen! absichtlich und bewußt preisgegeben werde, forderte er nachmalige Erhebung des Wehrbeitrages, Erbschaftsteuer und schärfere Heranziehung des Vermögens nach englischem Vorbilde.

Für das Zentrum sprach Spanien, der zunächst Tirpitz in einem Nachruf feierte und sich sodann im wesentlichen auf den Boden des Steuerprogramms der Regierung stellte.

Etwas kritischer war der Freisinnige v. Payer, der von den Details der Vorlage ausgehend, die Fäden etwas weiter zu lockern suchte und die Grundzüge einer liberalen Steuer- und Finanzreform mit dem Ziele direkter Reichssteuer andeutete.

Am Schluß plädierte Helfferich nochmals für die Streichung und Jwedelmäßigkeit seiner Vorlagen in längerer Rede, die nicht Aufmerksamkeit als Zustimmung fand.

Der preussische Landtag

Bei der Erörterung beendete und ist nachdem er noch am nächsten Morgen die Verhandlungen vorgenommen hat, am 22. März in die Ferien gegangen. Er nimmt seine Beratungen erst im Mai wieder auf.

Papierlieferungen an das Ausland und Preistreiber.

Unter der Überschrift „Unerschrocken“ druckt der Deutsche Papiermarkt einen Artikel des Sieg-Weinischen Volksblattes ab, der einen interessanten Einblick in das partielle Geschäftsgeheimnis gewisser deutscher Papierfabriken gibt. Der Artikel kritisiert zunächst die unerbittliche Preissteigerung auf allen Gebieten der Lebensmittelversorgung und die Verletzung der guten Sitten von Preis und Gläubiger und vertritt dann, daß von deutschen Papierfabriken auf Umwegen Papier nach England geliefert werde.

Es ist im Westen sehr man in holländischen Häfen, darunter auch in Rotterdam, zu sehen. Die dortigen Papierfabriken liefern Papier zu jedem Preise, Offerten ein. Gebieten unsere Papierfabriken haben sich zu jenen, die die Kriegslage nicht ganz unangenehm berühren — (holländische Papierfabriken) — und sind im wesentlichen 50 Prozent getrieben — (holländische) — die neue Preissteigerung von 5 Mark pro 100 Kilogramm dem Preis im Westen aus. Der Einblick in die Papierfabriken hatte und aus der Selbstkritik derselben kann in der Beurteilung ihrer Lage, die man nicht ableiten können, diese Preissteigerung als Maßstab zu benutzen. Es ist weniger der Kampf um Rohstoffe, die Erzeugung der Rohstoffe, als die Lage der Rohstoffe, die die Preissteigerung zu rechtfertigen, denn die Suche nach Rohstoffen. Wer aber gilt der Satz: Wer mehr bietet, bekommt die Ware. Große Schiffsladungen stehen den Rhein hinab nach Holland, andere gehen nach den Nord- und Ostsee, wieder andere nach der Schweiz. Wo aber bleibt die Ware dort? Soll es den Fabriken unbenutzt liegen, daß unsere Signer hinter dem Papiermarkt stehen?

Als Gegenmaßnahme gegen diese von der Preissteigerung der Lebensmittel durch die Ausfuhr des in Deutschland fortgelagerten im Preise bergelassenen Papiers fordert der Artikel:

Das sofortige Ausfuhrverbot für Druckpapier. Zu diesen Ausführungen des Sieg-Weinischen Volksblattes sagt der Deutsche Papiermarkt, Zentralorgan für die gesamten wirtschaftlichen Interessen der Papierverarbeitenden Industrien und Gewerbe sowie des Papierhandels:

„Auch wir schließen uns der Meinung an, daß es unerhört ist, daß deutsches Druckpapier in Feindesland verbraucht wird, im eigenen Lande aber dadurch, daß der Feind mehr zahlt, Mangel an Papier bzw. eine unerschwingliche Preissteigerung eintritt. — Einen recht eigenartigen Beigeschmack erhält die Tatsache, wenn man bedenkt, daß gerade jetzt, wo infolge der ungeheuren Preissteigerungen schon eine nicht unerhebliche Missetimmung in den Kreisen der Papierverbraucher herrscht, solche Schamlosigkeit in den Vordruckt werden. Es erwacht aus dieser Handlung für die gesamte Branche die Aufgabe, die bezugsfindenden „geduldeten“ Papierfabriken namhaft zu machen und an den Brander zu stellen, denn solche Firmen bedeuten den „Feind im Lande“ und haben ihre Preissteigerung verdient.“

Nach einer Erklärung der Regierung sind die Ausführungen der beiden Zeitungen unzutreffend und auf falschen Voraussetzungen beruhend. Bereits am 28. November v. J. ist ein Ausfuhrverbot für Zeitungspapier erlassen, dem am 10. November ein Ausfuhrverbot für Altpapier vorausgegangen war. Infolgedessen geht kein Papier ins Ausland; nur in die besetzten Gebiete gelangt ein kleiner Teil.

Die diesjährige Märzfeier.

Die Toten draußen im Friedrichshain sind, so schreibt der Vorwärts, bei den Lebenden in diesem Jahre ein wenig in Vergessenheit geraten. Der Besuch des Märzgefallenen-Friedhofes war dem vergangener Zeiten in keiner Weise vergleichbar. Auch die Zahl der niedergelegten Kranzspenden hatte sich sehr verringert, ebenso wie die Kostbarkeit derselben sich nicht mit der Pracht anderer Jahre vergleichen ließ. Der Verband sozialdemokratischer Wahlvereine hatte, wie immer, eine Spende niedergelegt. Ebenso die Arbeiterjugend. Neben der Mehrzahl der Gewerkschaftsorganisationen waren die Arbeiter einer Anzahl von Fabriken durch Kranzdeputationen vertreten. Die Zensur fand nur wenig Arbeit. Als die Polizei schließlich den Friedhof verließ, weil anscheinend Kranzspenden überhaupt nicht mehr zu erwarten waren, erschien in vorgeschriebener Stunde noch eine Vertretung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, die ihren Kranz — mitgebrannt! — ohne politische Zensur niederlegen mußte, wobei man die Entdeckung machte, daß es wirklich und wahrhaftig „auch so“ ging. Zu irgend welchen Zwischenfällen kam es natürlich bei dieser Art der Märzfeier nicht und schon am späten Nachmittag lagen die Gräber verhältnismäßig schon unter der nachmittäglichen Decke des diesjährigen trüben Märzhimmels da.

Zwei neue Verfügungen des Oberkommandos der Marken

greifen in einschneidender Weise ins öffentliche und private Leben ein. Nach der einen sind alle nichtöffentlichen Versammlungen politischer Vereine sowie alle Versammlungen, in denen öffentliche Angelegenheiten erörtert werden, vom Vorstand oder vom Einberufer mindestens 48 Stunden vor dem Beginn der Versammlung unter Angabe des Ortes, der Zeit, des Verhandlungsgegenstandes und der Redner bei der Polizeibehörde schriftlich anzuzeigen.

Die zweite Verfügung bringt den Sparzwang für Jugendliche. Allen jugendlichen Personen unter achtzehn Jahren, die mehr als 18 Mark pro Woche verdienen, sind zwei Drittel des Lohnes über 18 Mark vom Arbeitgeber einzubehalten und auf ein Sparkassenbuch einzuzahlen. Das Sparkassenbuch bleibt in Verwahrung der Sparkasse. Ueber das Guthaben darf während des Kriegszustandes nur mit Zustimmung des Gemeindevorstandes verfügt werden, der für den Wohnort des betreffenden Jugendlichen zuständig ist. — So gut das Oberkommando es sicher mit seiner Maßregel meint, so wird man angeichts der Tatsache, daß viele Familien zu ihrer Erhaltung auf den Verdienst der Jugendlichen angewiesen sind und bei der Teuerung unter jedem Ausfall sehr leiden, schwere Bedenken über die Wirkung dieser Verordnung nicht unterdrücken können.

Harde militärische Beurteilung in der Schweiz.

Aus Zürich wird berichtet: Der Redakteur des Schweizer Blattes Paris Duraffien, der in einem Artikel dem Schweizer Oberbefehlshaber General Wille vorgeworfen hatte, daß er die Truppen desorganisiert habe, um Meutereien zu verhindern, ohne daß er aus demselben Grunde die Grenzen der Schweiz ohne Kriegszustand geschlossen habe, wurde vom Militärgericht zu dreizehn Monaten Zuchthaus und zum Verlust der Bürgerrechte für die Dauer von fünf Jahren verurteilt.

Zur Frage der Volksernährung

Kommunale Nahrungsmittelversorgung

Die Stadtgemeinde Straßburg i. Ell., die in der Nahrungsvorgang und Milchbeschaffung schon früher geradezu vorbildlich vorgegangen ist, hat jetzt aus städtischen Mitteln mit einem Kostenaufwand von rund 112 000 Mark eine Wurstfabrik und Fleischhalle eröffnet. Es sollen in dieser Fabrik die Fleischporträ, die in den städtischen Schlachthallen eingelagert sind, zur Verarbeitung gelangen.

Der Magistrat der Stadt Straßburg beschloß, in eigener Regie die Kinderbeschaffungen aufzunehmen und das Fleisch unter den Selbstkostenpreis an die Familien der Kriegsfürsorge zu verkaufen. Ferner beabsichtigt der Magistrat, an den fleischlosen Tagen Seefische auf den Märkten abzugeben. Der hiesige Magistrat hat weiterhin beschloßen, allwöchentlich Höchstpreise für den Fleischverkauf in den Schlachthäusern festzusetzen. Diese werden von einer amtlich eingesetzten Kommission aus den Vieheinkaufspreisen nach dem Schlachtgewicht berechnet, die gleichfalls allwöchentlich festgelegt werden.

Die hiesige Verwaltung von Köln hat fahrbare Küchen („Gulachkanonen“) eingerichtet, aus denen die weniger bemittelte Bevölkerung ein warmes Mittag- und Abendessen zu 20 Pfennigen für die Vterportion beziehen kann. Die Zubereitung der Speisen liegt in hiesigen Händen und ist durchaus einwandfrei. Die „Städtischen“ durchgeführten Mittags von 11—1 Uhr und abends von 6½—8 Uhr

Die Arbeitererkertel der Stadt. Die Gulschne zum Preise von 20 Pfennig für die Vterportion sind beim Wagenführer zu haben. — Fahrbare Küchen haben auch bereits andere Städte eingerichtet.

Der städtische Milchverkauf in Köln, der jetzt in 137 Verkaufsstellen bewirkt wird, hat einen beträchtlichen Umfang angenommen. Täglich werden von der Stadt allein durchschnittlich 10 500 Liter Milch abgesetzt.

Das Schwein fähet Auto.

Eine allerliebste Geschichte aus dem Leben unserer Hamster wird aus Wighelden berichtet. Ein dortiger Bauer war glücklicher Besitzer eines etwa 200 Pfund schweren Schweines. Ein Solinger Metzger gab sich alle erdenkliche Mühe, dem Landwirt seinen köstlichen Beiß abzuhandeln. Der Bauer konnte sich aber zum Verkaufe nicht entschließen und gab dem Metzger schließlich den Beiß, das Tier sei ihm noch nicht schwer genug. Er wolle es zur Vollmast bringen. Nach einiger Zeit führte den Metzger sein Handelsweg wieder einmal nach Wighelden und er fragte bei dem Bauer an, ob er sich die Sache überlegt habe. Der Bauer machte Ausflüchte, aber es stellte sich bald heraus, daß das Schwein fort war. Der Bauer wurde nun zugeknöpft und verweigerte über den Verbleib des unworbenen Borstenviehs die Auskunft. Die Nachforschungen des Metzgers ergaben aber später unzweifelhaft, daß das Tier in dem Auto eines Solinger Fabrikanten verschwunden war, der es dem Bauer für 500 Mark abgehandelt und in lausender Fahrt nach Hause entführt hatte. So wirds gemacht.

Wieder etwas vom Konserventwucher

In der Deutschen Schlacht- und Viehhofzeitung berichtet der Berliner städtische Obertierarzt Dr. Junack über eine Erfahrung, die er mit Konserventen machte. Herr Dr. Junack kaufte vor einiger Zeit in einem Laden im Osten Berlins ein Viertelpfund einer als „Leberschmalz“ angezeigten Ware zum Preise von 45 Pfg., deren Preis pro Pfund sich nach Abzug der Packung auf 1,92 Mark stellte. Das Präparat war eine kräutliche, fette und stark gepfefferte Masse. Die nähere Analyse ergab folgende Zusammensetzung: Trockensubstanz 22 Prozent, Fett 4 Prozent, Leberbestandteile waren nicht nachzuweisen. Fett 4 Pfg., enthält der Käufer also in seinen 125 Gramm Ware 92,5 Gramm Wasser, 5 Gramm Fett, 18 Gramm Stärke, viele zerleinerte Pfefferkörner, 4,5 Gramm Fleischfasern und Blutbestandteile; auf die heutigen Preise umgerechnet, ist der Fett-, Stärke- und Eiweißgehalt der für 45 Pfg. gekauften Ware auf 5 Pfg. zu beanspruchen; dem Käufer wird also das Neunfache des realen Wertes abverlangt. Genußwert ist bei diesem Leberschmalz sozusagen gar nicht vorhanden. Die Konserventdose trug keine volle Firmenbezeichnung, sie stammte noch der Ansicht des Herrn Dr. Junack, die durch seine sonstigen Erfahrungen auf diesem Gebiete gestützt ist, wahrscheinlich aus Dänemark. Mit um so größerem Bedenken muß man derartige ausländische Fettsurrogate betrachten, als nach Zeitungsanzeigen in Dänemark auch eingegangenes Vieh dort zu hohen Preisen nachgefragt wird. Vermutlich ist die Ware in großen Mengen nach Deutschland gebracht worden. Der heringsartige Geruch dieses „Leberschmalzes“ läßt darauf schließen, daß die beigegebenen Fleischfasern aus Fischfleisch irgendwelcher Art bestehen.

Diesem Wucher und Schwindel ließe sich mit Leichtigkeit begegnen, wenn eine Verordnung erlassen würde, wonach jede Konservendose in deutlicher, nicht verlässlicher Schrift Name und Wohnort des Herstellers und die Bestandteile des Inhalts nach Gewicht tragen müßte.

An den Pranger

Ein wirksames Abschreckungsmittel verfügte das Neutölpfischer Gericht in einer Verhandlung gegen eine Milchpartischerin. Eine Volkereibeherrin hatte Milch, die sie verkaufte, 40 Prozent Wasser zugefügt. Das Schöffengericht verurteilte sie zu einer Geldstrafe von 60 Mark oder 20 Tagen Gefängnis und verfügte, daß sie das Urteil im Schaufenster ihres eigenen Milchladens auszuhängen habe.

Das wäre gut für alle Elemente, die sich auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung betrügerischer Handlungen schuldig machen.

Danziger Nachrichten

Ein Volkswacht-Projekt.

Die gerichtliche Auseinandersetzung der Volkswacht mit dem Stadtoberordneten Brandmeister a. D. und Dr. med. Lenz führte am 17. März wieder zu einer Verhandlung vor der hiesigen Strafkammer. Vorsitzender war Landgerichtsrat Delschläger.

Schon am 7. April 1914 haben wir in der Nummer 32 Vorwürfe gegen Lenz erhoben und begründet. Es handelte sich um Vergünstigungen, die für die Vermittlung städtischer Lieferungen gewährt sein sollten. Die hiesige Firma Stie-lom und Förster verklagte uns wegen Beleidigung. Sie wollte es nicht gelten lassen, daß sie an Lenz für Vermittlungen, nicht die Lieferung von Feuerwehrautomobilen zu verschaffen, Schmiergelder gezahlt habe. Am 24. März 1915 wurde unser damaliger Verantwortliche jedoch freigesprochen. Auch wegen der Beleidigung des Dr. Lenz aus diesem Grunde erfolgte Freisprechung, weil er sich auch selbst der Klage gar nicht angeklagt hatte. Ebenso erfolgte Freisprechung wegen Beleidigung des Magisters, weil von einer solchen keine Rede sein konnte. Stadtverordneter Schade zog in der Verhandlung seinen Straf Antrag zurück, so daß deshalb das Verfahren eingestellt wurde.

Es blieb nur noch gerichtlich zu prüfen, wie weit die Behauptungen unseres Artikels richtig sind, die den Dr. Lenz mit der Lieferung der Feuerwerker durch die Firma Stiemens und Halske in Verbindung brachten. In einer späteren Verhandlung bezeugte Stadtv. Königsmann eidlich, daß Stadtschreiber Both ihm gelegentlich der Beratung

Frühlingswunder

Nun siegte das Licht!
Auf tausend Zweigen
Drängen Knospen dicht!
Aus braunem Schollenland steigen
Zarte Triebe. In allen Rainen
Wiegen sich Halmchen, jung noch und schwach.
Über gemach,
Laß nur die Sonne scheinen
Mit warmem Glanz:
Dann hebt ein duftbunter Blumenkranz
Sich aus den unfruchtbarsten Steinen!

Nun siegte das Licht!
Alles Leben will auferstehen!
Länger duldet's die Sonne nicht,
Daß wir durch Sturm und Dunkel gehn!
Die Ihr in Not und Sorgen gebannt,
Hebet das Haupt! Euch winken die Weiten,
Wo im schimmernden Zukunftsland
Freie und starke Menschen schreiten!
Doch nicht durch Wiesen und lachende Auen
Führt Euch der Pfad, der schwere und steile,
Denn zur Freiheit, zum Menschenheile,
Müht Ihr Euch selbst die Wege bauen!

Schritt für Schritt nur geht es hinauf:
Wer keinen Mut hat, wer matt wird und träge,
Dem tun sich Frühlingswunder nicht auf —
Der bleibt einsam liegen am Wege!
Nur wer Licht und Sonne begehrt
Unaufhaltsam und ohne Ermatten,
Der steigt empor aus dem Reiche der Schatten,
Wo die Sorgen und Nöte wehen
Um des Alltags ärmlichen Herd,
Der wird siegen und auferstehen!

S. 2

Danziger Nachrichten

1. Anmelde- und Beschlagnahme von Gummibereifung für Kraftfahrzeuge.

Die Verfügung vom 16. Mai 1915 B. 1. 622. 4. 15. R. R. U. betreffend Bestandsmeldung und Beschlagnahme von Gummibereifung für Kraftfahrzeuge jeder Art wird immer noch nicht in genügender Weise beachtet. Bei unvermutet vorgenommenen Revisionen von Garagen und

Kellerräumen finden sich noch immer zum Teil recht erhebliche Bestände von Bereifungen, die bei der Inspektion des Militär-Luft- und Kraftfahrwesens, die bei der Inspektion des Ammeldebet worden sind und so den Zwecken der Heeresverwaltung entzogen werden. Auf die im November v. J. in den Zeitungen veröffentlichte Aufforderung zur nachträglichen Anmeldung noch nicht abgelieferter Bereifungen sind der Inspektion bedeutende Bestände zugestossen. Es ist dieses ein Zeichen dafür, daß die Eigentümer der Bereifungen über die Beschlagnahmebestimmungen nicht hinreichend unterrichtet waren, oder daß die Anmeldung seither absichtlich unterblieben ist. Das Gleiche trifft für einen Teil der Besitzer auch heute noch zu, denn bei der Inspektion gehen jetzt noch täglich Bestandsanmeldungen ein. Durch die Verordnung vom 16. Mai 1915 sind sämtliche Vorräte an Gummibereifung (Decken, Schläuche, Vollreifen) für Kraftfahrzeuge jeder Art auch die an Fahrzeugen, für welche eine erneute Zulassungsbescheinigung nicht erteilt wird, betroffen.

Die Verfügung gilt für alle Einzelpersonen, Firmen, Kommunen, öffentlich rechtliche Körperschaften und Verbände, bei denen solche Gegenstände sich in Gewahrsam oder unter Zollaufsicht befinden, insbesondere gilt sie auch für Verwahrer fremder Vorräte, falls der Verfügungsberechtigte sie nicht unter eigenem Verschluß hält. Es sind daher insbesondere die Verwahrer solcher Bereifungen, deren Eigentümer abwesend sind, sich z. B. im Fesde usw. befinden, unter der angegebenen Voraussetzung zur Meldung verpflichtet.

Ueber die Form der Anmeldung, die Stelle, an die sie zu richten ist und alle weiteren Einzelheiten gibt die Veröffentlichung der Verordnung, die erneut in den Tageszeitungen zum Abdruck gelangt ist, Aufschluß. Im Interesse aller Eigentümer und Verwahrer von Kraftwagenbereifungen wird die eingehende Durchsicht der Bekanntmachung empfohlen, da Verstöße mit Strafe bedroht sind.

Tariftrecht und Teuerungszulagen.

Dürfen örtliche Teuerungszulagen, die während des Krieges gewährt wurden, auf die durch zentrale Verhandlungen tariflich zugestandene Zulagen mit in Anrechnung gebracht werden?

Ueber diese ungemein wichtige Frage hatte das Einigungsamt des Danziger Gewerbegerichts am 20. März zu entscheiden. Die hiesigen Steinseher haben auf ihr Ersuchen vom Mai 1915 zu ihrem Stundenlohn, der für Steinseher 65 Pf., für Kammer 45 Pf. betrug, eine Erhöhung von 5 Pf. pro Stunde erhalten. Bei Erneuerung des Reichstarifs 1916 wurde eine allgemeine Teuerungszulage von 10 Prozent zugestanden.

Die Arbeitgeber zahlten bei Beginn des neuen Vertrages die tarifliche Zulage unter Abzug der 1915 örtlich zugestandenen 5 Pf. Derartige Verhandlungen der beiden Organisationen blieben erfolglos. Die Steinseherorganisation rief das Einigungsamt an, das nach kurzer Verhandlung zugunsten der Arbeitnehmer dahin entschied, daß außer den 10 Prozent des Tarifs auch die Teuerungszulage von 1915 gezahlt werden muß.

Ein Schiedspruch brauchte nicht gefällt zu werden, weil die Arbeitgeber sich den Ausführungen des Verhandlungsführers und des Vorsitzenden des Zentralverbandes der Steinseher K n o l l aus B e r l i n anschlossen und ihren ablehnenden

Standpunkt aufgaben. Die amtliche Bekanntmachung hat folgenden Wortlaut:

In der heutigen Sitzung des Einigungsamtes ist zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Steinsehergewerbe für den Bezirk der Steinseherinnung Danzig zu dem Tarifvertrage der Steinseher und Kammer vom 13. 6. 1912 auf gutlichem Wege folgender Nachtrag vereinbart worden:

1. Auf die zu zahlenden Löhne von 0,70 Mark für Steinseher und 0,50 Mark für Kammer wird von jetzt ab eine Zulage von 10 Prozent gewährt.
2. Die Vereinbarung zu 1. findet auf invalide Steinseher und Kammer sowie Jungesellen entsprechende Anwendung.
3. Der Tarif und die Nachtragsvereinbarungen haben Geltung bis 6 Monate nach Friedensschluß. Der Tarif und diese Vereinbarungen gelten stillschweigend auf ein weiteres Jahr, falls nicht von einer der beteiligten Organisationen spätestens 3 Monate nach Friedensschluß gekündigt wird.
4. Der Geltungsbereich der heutigen Vereinbarungen erstreckt sich auf den Innungsbezirk Danzig.

D a n z i g, den 20. März 1916.

Vorgelesen, genehmigt
und wie folgt unterschrieben:

Arbeitgeber: Arbeitnehmer:
gez. **Alex. Miellau, Oswald Scheffler, A. Arnolt, G. Janzen,**
gez. **Dr. Thomas, Vorsitzender.**
gez. **Kiechert, E. Nagrochki, Conrad Engelhardt, Julius Dubner.**

Veröffentlicht:

gez. **Zipp, Gerichtsschreiber des Gewerbegerichts.**

Frühlingsfeier der Arbeiterjugend.

Der erwachende Frühling wird von unserer rührigen Arbeiterjugend durch eine Feier begrüßt werden, die am Sonntag, den 2. April, im Bürgergarten stattfindet. Das uns vorliegende gutgewählte Programm verspricht wieder viel Wertvolles. Die Mitwirkung bewährter künstlerischer Kräfte ist gesichert. Neben Sologefängen mit Flügelbegleitung werden Rezitationen, Reigenaufführungen und Gesangsvorträge in reicher Abwechslung geboten.

Der Besuch muß dringend angeraten werden. Die Feier bedarf bei den erfahrungsgemäß vorzüglich gelungenen Veranstaltungen unserer Arbeiterjugend keiner besonderen Empfehlung. Die meisten Mitwirkenden haben sich auf dem Unterhaltungsabend in Ohra ausgezeichnet bewährt. Durchaus richtig ist, daß Kinder unter 12 Jahren keinen Zutritt erhalten. Soll das Gelingen solcher Kunstabende gesichert werden, so muß zwischen Mitwirkenden und Publikum eine bestimmte geistige Verbindung hergestellt werden. Diese leidet, wenn so jugendliche Kinder, denen noch das Verständnis für das Vorgetragene mangelt, anwesend sind. Aus dem gleichen Grunde darf auch während der Darbietungen nicht bedient werden. Auch das Rauchen ist streng verboten. Pünktlichkeit ist die erste Tugend der Besucher. Genau um 6 Uhr wird begonnen. Der Eintrittspreis beträgt 40 Pfennig. Zum Eintritt berechtigende Programme sind in der Buchhandlung Volkswacht, Paradiesgasse 32, in allen Gewerkschaftsbureaus und in beiden Verkaufsstellen des Konsumvereins zu haben.

Vermißt . . . *)

Wieder bricht die Nacht herein. Wer, wer weiß, die wievielte es ist! Das Rechnen und Zählen ist verlernt; nur Tag und Nacht, weiter kennt man nichts mehr. Und was man zu tun hat, weiß man! Tags wachen und schwanzen und nachts doppelt soviel schwanzen und noch viel schärfer ins Dunkel spähen und auf jedes verdächtige Geräusch achten.

Unser Graben ist flach, kaum war er angefangen; da mußten wir die Pioniere ablösen. Vom Feinde wußten wir wenig. Nur an der Artillerie merkten wir's und an den surrenden Geschossen, und bald hatte das Glas den Gegner gefunden und die böse Kugel suchte ihn zu treffen. Machtlos waren wir. Unser Häuflein klein — unsere Gräben nicht tief genug — unsere Artillerie zu schwach. Und was noch schlimmer war: Hunger und Durst.

Der einzige Weg, eine Schlucht, durch welche die Feldküche herankommen konnte, lag dauernd unter schwerstem Artilleriefeuer. Nur ein Wort gab es: „Aushalten!“ Das Brot war aufgezehrt, von den Fettwaren nicht die Spur mehr vorhanden; die eisernen Portionen verschlungen — nur einige Zwiebacke fanden sich noch im Beutel. Wasser konnte niemand mehr von der Pumpstation holen, denn jeder Versuch reizte den Franzmann, und schließlich gelang es ihm, durch einen Vortreiber den letzten Brunnen in diesem Höllentale zu zerstören. Gab es bislang schon tagelang nichts Warmes mehr, nun nahm man uns auch noch den letzten Trunk, der doch, obwohl er muddig war, die lechzende Zunge und den vertrockneten Gaumen für Augenblicke kühlte.

Je mehr die Kräfte des Körpers sanken und die Nerven den Dienst versagten, um so größer wurden die Qualen, die wir durch das feindliche Feuer auszuhalten hatten. Das Trommelfeuer setzte ein mit einer Wucht, als wenn sich alle Mächte des Himmels und der Erde verschworen hätten, uns zu vernichten; unmöglich war es uns, die Aufschläge zu zählen.

*) In folgender Schilderung, die wir der Allfelder Zeitung entnehmen, steht ein Leutnant und Kompanieführer einem Unteroffizier seiner Kompanie ein Denkmal. Diese padende Erzählung aus den wildesten Champagnekämpfen des September 1915 gewinnt für die Parteigenossen besonderes Interesse durch die Tatsache, daß der Unteroffizier Manuies ein Sohn des in weiten Kreisen des Magdeburger Bezirks bekannten Parteigenossen Heinrich Manuies aus Elbingerode ist. Auch der junge Krieger ist ein begeisterter Anhänger der Arbeiterfrage und hat schon in frühesten Jugend tüchtig bei der Agitationsarbeit geholfen. Daß er sich auch auf dem Schlachtfeld bewährt hat, zeigt die Schilderung des Leutnants.

Niemand konnte sich aufrichten, kein Beobachter seinen Kopf hervorstrecken; alles mußte volle Deckung nehmen. Machtlos lagen wir da. Die Erde erzitterte, der kaum begonnene Stollen brach zusammen und bedeckte den Kernsten der Schutz suchte hier wie dort stürzte der Graben ein und flinke Hände schufen mit dem kleinen Spaten einen Durchgang.

Als die Dämmerung hereinbrach, erhob sich über unseren Häuptern ein Prasseln, wie wenn aus den plagenden Granaten lauter kleine, erbsegroße Körner heraussprängen. Ein feiner, weißer Nebel stieg von ihnen auf und in wenigen Minuten erfüllte er das Gelände vor und hinter uns. Selbst der Nachbar, war nicht mehr zu sehen. Gaschutzmasken fehlten! Jeder griff nach seinem Taschentuche, band es über Mund und Nase und spähte dann in das Nebelmeer hinein, die Faust am Bajonett. Der Feind kam nicht.

Wir aber litten mehr denn je. Wer noch einen Tropfen Wasser sein eigen nannte, hatte das Taschentuch damit angefeuchtet. Jetzt erst, nach dem Stieckgasangriff, zeigte es sich, wie verderblich er wirkt, wenn man nicht im Besitz einer Maske war. Die Augen schmerzten, der Gaumen lechzte nach Wasser und im ganzen Körper machte sich eine furchtbare Müdigkeit geltend.

Nur eine Hoffnung gab es noch für uns: die Ablösung! Und als die Freudenbotschaft kam, daß wir am kommenden Morgen in aller Herrgottsfrühe abgelöst werden sollten, da hielten wir gern noch eine Nacht durch. Um 4 Uhr 30 Minuten morgens besah' ich meinen Leuten, sich bereitzuhalten, da um 5 Uhr unsere Ablösung kamme. Schnell wurde alles in Ordnung gebracht. Der Tornister lag bereit. . . Unsere Herzen schlugen vor Freude! Da gelst der Schrei durchs Gelände: Wir sind umzingelt, der Franzmann ist durchgebrochen! Im Nu ist alles an den Gewehren! Die Schüsse fallen — ohne Befehl! Jeder handelt! Langsam schleichen sie heran, die Feinde! Ein Schreien und Toben! Doch — was wälzt sich von rechts herauf! Fast in geschlossenen Kolonnen marschieren sie heran. „Das ist unsere Ablösung!“ „Nein, der Franzmann ist's!“

Nichts zu sehen — so nebelig! „Keiner verläßt seinen Platz im Graben!“ Da biegen sie nach links! Der Franzmann ist's! Umzingelt! „Graben halten! Feuer verteilen!“ Jeder muß selbständig handeln. Ueberall Kampf! Hier mit dem vorderen Gegner — dort mit der Kolonne! Das Gewehrfeuer erreicht den Höhepunkt. Handgranaten fliegen hin und her. Die Jagdsten von uns verlieren den Mut. Mit schon

heiserer Stimme treibe ich sie zurück. „Graben halten! Keiner verläßt seinen Platz!“

Nur einer — Unteroffizier Manuies und mit ihm Beherzte seiner Gruppe — steht noch auf freiem Gelände, mitten im tollsten Gewimmel, und wirft den Franzmann zurück. Mir schwoll das Herz voll Freude! Gott sei Dank, daß dieser Prachtkerl die Flügelgruppe hatte! Noch heute höre ich seine Stimme! Und sie wichen, die Feinde, trotzdem sie wohl dreimal so stark waren wie wir! Da wollte ich dem Gegner noch von links in die Flanke fallen — es war nicht mehr möglich — so floh der Feind! Und als ich ihm danken will — da fehlt er — er und die Leute aus seiner Gruppe. Keiner von uns weiß, wo er blieb! Zu den Toten konnte keiner, da der Gegner mit seinem Maschinengewehrfeuer jeden Versuch uns unmöglich machte.

Am Tage standen wir alle auf der Wacht — das Bajonett in der Faust, die Handgranaten bereit — und waren auf neue Angriffe gefaßt. Ganz allein standen wir draußen, ohne Anlehnung nach rechts und links, obwohl von unseren zweihundert Mann nicht achtzig mehr vorhanden waren und zwei Kompanien rechts von uns ihren Graben geräumt hatten. Wir blieben liegen, weil die Pflicht es uns befahl! Nach rückwärts fehlte jede Verbindung; ein furchtbares Elend.

Wieder bricht der Abend herein. Alle wachen. Keiner läßt sein Bajonett aus der Hand. Als es später wird, da wird's den Leuten zuviel! Ich gehe zu jedem Mann und rede ihm freundlich zu: „Horch! Reiß die Augen auf! Du weißt, was auf dem Spiele steht!“ Und doch, wie viele finde ich, denen auf Posten die Augen zufallen, weil der Körper verfaßt, Tagelang nichts zu essen, kein Wasser — Maschinengewehrfeuer aus der Flanke — Trommelfeuer — Stieckgas — Handgranaten — wer kann das aushalten!

Um 2 Uhr nachts müssen wir auf höheren Befehl unseren Graben räumen — den letzten, der am weitesten vorgeschoben war und der es den Unseren ermöglichte, rückwärts neue Gräben auszuheben.

Oft, wenn wir plaudernd zusammensitzen — wir Champagnekämpfer — gedenken wir unserer lieben Kameraden! Und jedesmal heißt es: Wenn der Manuies noch bei uns wäre! Wir wissen's nicht genau und doch können wir uns alle sein Schicksal vorstellen.

Aber die Verlustliste meldet nur: Vermißt!

Die Auswahl der Schöffen und Geschworenen

beinhaltend die Stadt. Königsman und Kih in der Stadtkommission am Dienstag. Sie bedauerten den fast völligen Ausschluß der Arbeiter vom Richteramt auch während des Krieges und forderten die Berücksichtigung der unteren Klassen. Königsman behauptete, daß nach der Wahl durch die leitende gerichtliche Stelle Streichungen auf der Vorschlagsliste erfolgten. Oberbürgermeister Scholz konnte diese Angabe nicht entkräften, nahm aber den Landgerichtsdirektor in Schutz. Diefelbe teilte mit, daß dieser bei jeder Wahl mahne: Berücksichtigen Sie die Arbeiter. Es könne aber sein, daß der Magistrat manche Vorgeklagten nicht auf die Liste setze. Dies bestritt Scholz nicht.

Man kann kaum sagen, daß das Geheimnis der Ausschaltung der Danziger Arbeiter von den Bänken der Rechtsprechung durch diese Debatte gelüftet worden ist. Nur ist die sehr unerfreuliche Tatsache nun auch offiziell bekräftigt worden. Es hat wohl schon einige Arbeiter sehr vorübergehend als Schöffen gegeben. Noch niemals hat es aber einer von ihnen in Danzig zur Würde des Geschworenen gebracht. Wesentlich ist die Feststellung, daß die Arbeiter selbst dann noch von der Liste gestrichen werden, wenn sie tatsächlich ausgewählt worden sind. Es ist nicht unseres Amtes, festzustellen, ob dies erst der Landgerichtsdirektor oder schon der Magistrat tut. Daß es geschieht, ist sehr sehr bezeichnend.

Die Geschichte Tolens behandelte Genosse Bartel in einer sehr gut besuchten Versammlung des 2. Bezirks des Sozialdemokratischen Vereins. Genosse Bartel schilderte den Eintritt des polnischen Volkes in die Geschichte und die mehr als kesseln Schicksale des polnischen Staates. Die Weichsel sei dadurch politisch in höherem Grade bedeutend geworden, als der Rhein. Wieder stehe Polen vor einer Schicksalswende und

Einmütig nahmen die Versammelten denselben Standpunkt ein.

Fischpreise. In einer Besprechung des Wochenmarktes vom 11. März druckten wir in der vorigen Nummer einige Ausführungen der Danziger Zeitung über das gleiche Thema ab. Die zitierte Stelle enthielt die Mitteilung, daß Plöge am 11. März auf dem Fischmarkt 1.30 Mark pro Pfund gekostet hätten. Zu dieser Angelegenheit bittet uns das Statistische Amt mitzuteilen, daß der Höchstpreis für lebende Plöge 60 und für tote Plöge 50 Pfennig pro Pfund beträgt. Wenn das Publikum nicht bezahle, leiste es dem Lebensmittelwucher Vorlauf. Bei Mehrforderungen möge man die Hilfe eines Schutzmanns in Anspruch nehmen. Uebrigens trübe in dem angezogenen Fall der Preis von 1.30 Mark nicht zu. Das Statistische Amt habe sich an die Redaktion der Danziger Zeitung gewandt und diese hätte zugesagt, daß ihr ein Schreiben unterlaufen sei, dessen Verichtigung unterblieben sei, weil die Redaktion das für nebensächlich gehalten habe.

Wir vermögen nicht, unser Erstaunen über diese Auffassung der Danziger Zeitung zu unterdrücken. Gerade der Kulturgeschichtsschreiber späterer Tage wird zu einem sehr Wesentlichen auf die Zeitung als Geschichtsquelle angewiesen sein. Und dann besteht doch auch die Möglichkeit, daß in der heutigen Zeit neutrale oder feindliche Ausländer in den Besitz von Zeitungen kommen. Da muß jede Redaktion „Schreibfehler“ doch ein wenig kritischer werten und kann ihrer Berichtigung nicht so aus dem Wege gehen. Dem Wunsch des Statistischen Amtes, nicht mehr zu zahlen, als die Höchstpreise sind, schließen wir uns vollkommen an.

Eine Bitte unserer Feldgrauen, welche täglich und in freigelegtem Maße bei dem Zentralkomitee der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz, Berlin, wiederkehrt, deren Erfüllung jedoch ohne tatkräftige Mithilfe des Wahlvereins jedes Einzelnen kaum noch möglich ist, geht dahin, Postkarten, besonders solche mit Ansichten und Bildern geschmückt, ins Feld oder ins Lazarett geschickt zu erhalten. Der Soldat ist auf diese Spenden umso mehr angewiesen, als er oft selbst für Geld und gute Worte draußen keine Karten kaufen kann, um seinen Lieben daheim ein Lebenszeichen überbringen zu können. Es ergeht daher hiermit an weitere Kreise die Bitte um Spendung größerer und kleinerer Mengen von Postkarten mit Bildern usw. Wer solche nicht zur Hand hat, aber zu helfen bereit ist, sende einen Geldbetrag, für den eine entsprechende Anzahl von Postkarten beschafft werden kann.

Das Zentralkomitee der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz ist ebenfalls bereit, je 25 verschiedene Stück seiner neuen Kärtchen-Postkarten gegen Einzahlung von 2.75 Mark überlassen durch die Post an jede vorgeschriebene Adresse, sowie an die Truppen im Felde bzw. Lazarett gelangen zu lassen. Sendungen von Postkartenpenden oder Geldzahlungen unter Verzugung des Postfachkommissars Nr. 23404 sind zu richten an das Zentralkomitee vom Roten Kreuz, Abteilung V, Berlin SW. 11, Abgeordnetenhaus, Obergeschoss, Zimmer 50a.

Auf dem Dominikanerplatz erlaubt, haben Sie ein gutes Gedächtnis? — „Ja denke ja.“ — „Werden Sie mir auch nicht böse sein, wenn ich Sie jetzt etwas frage?“ — „Gewiß nicht.“ — „Sie werden nicht glauben, daß ich Sie nur spüren will, wenn ich Sie an frühere Tage erinnere?“ — „Aber nein doch, so reden Sie doch endlich.“ — „Sie werden nachher nicht herumlaufen und sagen, ich sei ein ganz gemeiner Kerl?“ — „Schwerebreit, jetzt kommen Sie zur Sache — oder...“ — „Sie werden mir nicht ein paar in die Schenkel haufen, wenn ich Sie frage...“ — „Nein, höchstens wenn Sie nicht sofort fragen.“ — „Na also...“ — „Na also?“ — „Na also, können Sie sich noch erinnern, wie Schweinefleisch schmeckt?“

Die Rechnungsblöcke der Kriegshilfe beizubringen auch die letzte Mitgliederversammlung des hiesigen Gewerkschaftsvereins. Und zwar erfolgte in der Sache, in Uebereinstimmung mit unserem Standpunkt, eine glatte Ablehnung dieser völlig verfehlten Einbringung. Es wurde beschlossen, höchstens die Einbringung von 5 Pfennig-Billets zu empfehlen. Damit würden die Bewandlungen natürlich zu jedem Zweck gebracht werden. Wir verziehen die Sage der Witze, die es ihnen nicht

erlaubt, die Zumutungen gewisser Reformer in der Kriegshilfe klar und unzweideutig abzulehnen. Diese Rücksicht nimmt der Entscheidung der Gastwirte aber nichts von ihrem sachverständigen Wert, sondern unterstreicht ihn nur noch.

Vor einiger Zeit wußte die Kriegshilfe in der bürgerlichen Presse zu erzählen, mit welchem schönen Eifer das bedienende Personal im Café Deutsches Haus für die Rechnungsblöcke wirkte. Leider war auch diese Reklame ganz unbegründet und viel eher geeignet, gegen die Blöcke zu zeugen. In diesem vornehmen Hause wird das Personal sogar gezwungen, die übrig bleibenden Kuchen zum vollen Verkaufspreise zu übernehmen. Jeder Kellner und auch jede Gastwirtsgehilfin erhalten täglich für 6,75 Mark Kuchen. Den unverkauften Rest muß das Personal bezahlen. So etwas klingt zwar ungeheuerlich, ist jedoch im vornehmsten Café Danzigs, Inhaber Herr Borsoe, seit langem üblich. Trotz des Wirkens solcher Kräfte rühmt sich die Kriegshilfe noch ihrer Erfolge im Deutschen Hause. Dabei wird dem dort beschäftigten Bedienungspersonal kein Pfennig Bohn gezahlt.

Um Liebesgaben für Bulgarien bittet das Königlich Ungarische General-Konsulat in Berlin, Runge-Straße 22/24, welches alle Förmlichkeiten und Kosten der Weiterbeförderung von Berlin nach Bulgarien auf sich nimmt. Auch den deutschen Truppen in Bulgarien sollen die Gaben zugute kommen. Als besonders erwünscht seien u. a. angeführt: Fischkonserven, Tauernwürst, Marmeladen, wollene Strümpfe, größere Taschentücher, Hosenträger, Zahnbürsten, Taschenspiegel, Taschenmesser, Lichte, Taschenlampen (elektrische) und Ersatzbatterien, einfache Spiele für Lazarett, Mundharmonikas, Tabak und Pfeifen, Zigarren, Zigaretten.

Verteidigung und Presse. Uns wird mitgeteilt, daß Justizrat Adam, der Verteidiger des Stellenvermittlers Ende, über dessen letzten Prozeß wir in der Nummer vom 4. März d. J. in dem Artikel Justiz und Presse berichteten, in einigen Ausführungen eine Verletzung seiner persönlichen und Berufsehre erblickt. Uns kam es bei der Wiedergabe des Gerichtsberichts lediglich auf die objektive Darstellung der Verhandlungen an. Der Person oder der Berufsehre des Verteidigers zu nahe zu treten, lag für uns keine Veranlassung vor. Die ständig von Herrn Adam geäußerte Form der Verteidigung, Ende als Opfer sozialdemokratischer Verfolgung hinzustellen, mußten wir zurückweisen, weil sie jedes Grundes entbehrt. Die Vermutung, als könnte aus einer oder der anderen Wendung unseres Berichts eine Ehrenkränkung des Herrn Adam herausgelesen werden, entbehrt nach unserer Absicht und auch tatsächlich jeder Berechtigung.

Der Grundbesitz der Stadt ist ihr höchster Wert. Unter den Oberbürgermeistern Delbrück und Ehlers wurde systematisch darauf hingewirkt, ihn soviel als möglich zu vermindern. Unter Scholz ist auch in dieser Beziehung zu sehr umgesteuert worden. Er will nicht viel städtischen Landbesitz und ist sogar bemüht, trotz der Anforderungen des Krieges, den vorhandenen Grundbesitz zu verkleinern. Der Rentier, früherer Gutsbesitzer, Lange empfahl am 21. März die Veräußerung städtischer Grundstücke an der Königsberger und Elbinger Weichsel. Scholz erklärte sofort, daß der Magistrat schon so beschlossen habe und auf Käufer warte.

Leider wurde dieser Mitteilung von keiner Seite widersprochen. Dies unterließ wohl nur aus Unzufriedenheit mit dem für dies Gebiet zuständigen unbesoldeten Stadtrat Hein, der als besoldeter städtischer Sachverständiger für Landwirtschaft unbesetzt ist. Auf diese Weise sollte sich aber der Prozeß gegen ihn nicht geltend machen. Mit einem unbequemen Stadtrat darf noch lange nicht der städtische Grundbesitz gehen. Dieser muß viel mehr gerade jetzt nicht nur erhalten, sondern so stark als möglich vermehrt werden.

Der städtische Krankenwagen ist nun auch noch verteuert worden. Statt bisher 6 Mark soll eine Fahrt nun 7,50 Mark kosten. Als jährliche Gesamteinnahme werden 16 250 Mark, statt 12 190 Mark erwartet. Die Stadtkommissionen Heinrich, Königsman und sogar v. Brzezinski fanden die Erhöhung ungerechtfertigt und forderten wenigstens eine Staffelung des Preises nach den Verhältnissen der Benutzer. Oberbürgermeister Scholz und Stadtrat Dumont wendeten sich gegen dies verständige Verlangen mit der Ansicht, daß man für die gleiche Leistung nicht verschiedene Preise nehmen dürfe. Es soll also bei der Tatsache bleiben, daß bei dem äußerst geringen Preise die Armen sehr viel mehr bezahlen müssen als die Gutskinder, und dadurch auch an der Benutzung des Krankenwagens verhindert werden. Leider stimmte die Stadtkommissionen-Verammlung der Erhöhung am 21. März einstimmig zu. Ein sehr schmerzlicher Beschluß.

55 Millionen Mark sind in Danzig für die letzte Kriegsanleihe gezeichnet worden.

Aus Westpreußen

Gemeindevahltag in Ohra.

Unsere Ohraer Freunde haben schon im Frieden bewiesen, daß Laifkraft und Umsicht jeder Schwierigkeit Herr werden. Schon vor sechs Jahren gewannen sie zwei Sitze in der Gemeindevorstellung. Diese beiden ersten Arbeitervertreter im Gemeindevorstand sollten am 21. März verteidigt werden. Der Bürgerverein, der bisher die Führung der bürgerlichen Gruppen hatte, bereitete sich diesmal wegen des Bürgerkriegs nicht. Seine leitenden Männer haben das gegebene Wort ehrlich gehalten. Anders verhielt sich die Zentrumspartei. Sie gab uns auf zwei schriftliche Anfragen überhaupt keine Antwort und stellte eigene Kandidaten, Zobe und Bojanowski, auf, um ihre Kraft mit der Sozialdemokratie zu messen. Unsere Genossen trafen in ruhiger Sicherheit ihre Vorbereitungen. Am 19. März, Sonntag nachmittag, fand eine sozialdemokratische Wählerversammlung in der Dübahn statt. Genosse Gehl referierte; nach ihm hielten unsere Kandidaten Temp und Beder Ansprachen. An der Debatte beteiligten sich ferner der Bürgerlichen die Herren Dbor und Rehwald. Der günstige Ausgang der Wählerversammlung steigerte das Interesse für die Wahl. Dieses war auch deshalb begründet, weil nach dem alten Wählerlisten

gewählt wurde und besonders viele Arbeiter nicht wählen konnten, weil sie im Felde stehen. Schon eine halbe Stunde vor Beginn der Wahl traten unsere pflichttreuen Genossen an. Der Fahrenträger des Kriegervereins, Kaminski, gab die ersten Stimmen für die Zentrumskandidaten ab. Unseren Genossen wurde ein überraschend guter Erfolg: Temp, der bisher schon Gemeindevorstand war, erhielt 109 und Beder 108 Stimmen. Der Zentrumsmann Bojanowski bekam nur 16 und Zobe 15 Stimmen.

Ein Bravo unseren bewährten Ohraer Genossen! Auch durch diesen Sieg haben sie unserer Sache einen großen Dienst geleistet und den Genossen im Felde bewiesen, daß der Sozialismus trotz ihrer Abwesenheit gut behütet wird.

Vom Elbinger Haushaltsplan.

Für das kommende Geschäftsjahr schließt der Haushaltsplan der Stadt Elbing in Einnahme und Ausgabe mit 5 621 000 Mark ab. Das ist ein Mehr von 126 000 Mark. Die Stadt kommt jedoch mit einer verhältnismäßig kleinen Steuererhöhung aus: der kommunale Zuschlag wird um 10 Prozent erhöht werden und der Preis für Leucht-, Koch- und Heizgas von 14 auf 15 Pfennig pro Kubikmeter erhöht. Mit diesem Gaspreis bleibt Elbing weit hinter dem seiner größten Schwester Danzig zurück. Trotzdem wird das Gaswerk einen Ueberschuß von 36 000 Mark bringen. Das Wasserwerk bringt 32 700 Mark Ueberschuß. Die Gemeindesteuern müssen 152 457,99 Mark höhere Erträge liefern als im laufenden Jahr.

Obwohl der Magistrat bei den Ausgaben die äußerste Sparsamkeit hat walten lassen, war es doch nicht möglich, den Haushaltsplan mit den bisherigen Gemeindesteuerförmlichkeiten im Gleichgewicht zu halten. Der Magistrat hat sich daher genötigt gesehen, die Erhöhung der Steuerzuschläge vorzunehmen. Hervorgerufen ist diese Erhöhung lediglich dadurch, daß bei dem Abschnitt „Außerordentliche Ausgaben“ ein Betrag von 80 000 Mark vorgesehen werden mußte zur Verzinsung und Tilgung der für Kriegswohlfahrtspflege erforderlichen Auswendungen. Da nicht abzusehen ist, wie lange der Krieg noch dauert und welche Gesamtauswendungen der Stadt bis zur Beendigung des Krieges in Frage kommen, ist schätzungsweise mit einem Betrage von 800 000 Mark und mit einer Verzinsung und Tilgung von 10 Prozent zu rechnen.

Der durch die direkten Gemeindesteuern zu deckende Finanzbedarf für 1916 stellt sich auf 1 788 761,79 Mark, gegen das Vorjahr mehr 182 457,99 Mark. Der Gesamtbedarf soll wie folgt gedeckt werden: 235 % Zuschlag zur Staatseinkommensteuer und den fingierten Steuerförmlichkeiten von 240 Mark an aufwärts, 235 Prozent der staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer und durchschnittlich 280 Prozent der staatlich veranlagten Gewerbesteuer, die durch besondere Steuerordnung geregelt ist, ferner durch Erhöhung der staatlich veranlagten Betriebssteuer auf 135 Prozent Zuschlag.

Ein Versteigerungsergebnis. Das in der Kleinen Stromstraße in Elbing belegene Fabrikgrundstück der Firma Tiefen in Elbing wurde dieser Tage zwangsweise gerichtliche versteigert. Auf dem Grundstück lasteten 180 000 Mark Hypothekenschulden. Schlossermeister Jarchow kaufte es für 113 500 Mark. 66 500 Mark Hypotheken fielen aus.

Die Elbinger Kriminalpolizei verhaftete drei Mitglieder einer Berliner Einbrecherbande. Die Betroffenen hatten in Spandau mehrere Einbrüche verübt und reisten dann über Danzig nach Elbing. Hier drangen sie in der Leichnamstraße in eine Fleischererei ein, entwendeten 15 Pfund Klopsfleisch, 16 Pfund Flomen, 5 Pfund Speck und einige Kalbslungen und Lebern. In der Brotfabrik erbeuteten sie 15 Mark und einige Brote. Sie Sachen brachten sie zu einem Bekannten auf dem Wunderberg. Doch hatte die Freude über die Erfolge nur kurze Dauer. Vier andere Mitglieder der Bande befinden sich noch auf freiem Fuß.

Ein Großfeuer zerstörte in Ohra am Donnerstag früh die Dachpappenfabrik von Rothenberg Nachfolger.

In Zoppot fand am 19. März eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen bei Kantorowski, Gr. Rahenstraße, statt. Genosse Sellin-Danzig referierte über Das Gebot der Stunde für Deutschlands Frauen. Der Redner erbrachte den Nachweis, daß durch Einberufung der Männer zum Kriegsdienst die weibliche Arbeitskraft in überreichem Maße in den Wirtschaftsbetrieb hineingezogen ist und daß die Erwerbstätigkeit der Frauen und Mädchen bedeutend zugenommen hat. Ueberall solle man jetzt den schaffenden Frauen und Mädchen Anerkennung. Viele neue Gebiete habe die weibliche Arbeitskraft gewonnen. Leider seien die Rechte der Frauen im öffentlichen Leben nicht mit der Weiterentwicklung im Gewerbe vorgeschritten. Redner forderte darum Rechte der Frauen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens und das freie allgemeine gleiche Wahlrecht bei Staats- und Gemeindevahlen.

Aus der Partei

Aus der sozialdemokratischen Fraktion des preussischen Landtags.

Die Genossen Braun, Hänisch, Hué und Veinert, beantragten in der Fraktionsitzung vom 18. März, daß der Vorsitzende der Fraktion im Plenum des Abgeordnetenhauses folgende Erklärung verlesen möge:

„Namens meiner Fraktion habe ich zu erklären, daß die vom Abgeordneten Liebknecht am Schluß seiner Rede zum Kulturstreit am 16. März d. J. ausgesprochene Aufforderung gegen einen Beschluß der Fraktion verstoßen hat und die Fraktion deshalb die Verantwortung für diese Ausführungen ausdrücklich ablehnt.“

Gegen die Stimmen der vier Antragsteller hat die vollständig versammelte Fraktion mit 5 gegen 4 Stimmen bei einer Stimmenthaltung den Antrag abgelehnt.

Hänisch gegen Liebknecht.

Die Deutsche Tageszeitung schreibt: Der Landtagsabgeordnete Konrad Hänisch bittet uns um den Abdruck folgender Erklärung:

„Sehr geehrte Redaktion! In Ihrem Stimmungsbild, das sich mit der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom Donnerstag bezieht, verzeichnen Sie ausdrücklich, auch ich hätte mich unter den wertigen Abgeordneten befunden, die im Falle Liebknecht gegen die Wortentziehung gestimmt haben. Die Tatsache selbst ist richtig. Doch verwehre ich mich auf das Entschiedenste gegen die etwa daraus herzuleitende Schlussfolgerung, als hätte ich durch die Abstimmung irgendwelche innere Gemeinschaft mit den Ausführungen Dr. Liebknechts über den Krieg bezeugen wollen. Die Mehrheit der Fraktion hat nun einmal Dr. Liebknecht zu ihrem Redner erkoren; und so hielt ich es für meine Pflicht, durch meine Abstimmung die Fraktion auch in dem Augenblick noch zu decken, in dem der Redner in seinen ungeheuerlichen Schlusswendungen das Maß des Erträglichsten weit überschritten hatte. Diese Wendungen selbst und die anderen Erörterungen Dr. Liebknechts über den Krieg decken zu wollen, ist mir nicht in den Sinn gekommen. Irrendwelsche Mitverantwortung für das Zustandekommen Dr. Liebknechts im Abgeordnetenhause, irgendwelche politische Gemeinschaft mit ihm lehne ich ein für allemal rundweg ab.“

Berlin, den 17. März 1916.
Konrad Hänisch, Mitglied des Abgeordnetenhauses.
Es ist sehr schade, daß wir keinen Bebel haben, der gegen die „Führer“ mobil macht. Wenn ein „Kleiner“ sich ins Unrecht gesetzt sieht und in einem lokalen bürgerlichen Blättchen eine Erklärung abgibt, ist es wegen Parteischädigung zum Ausschluß reif. Was geschieht jetzt?

Eine beispiellose Verwirrung.
Unter dieser Ueberschrift teilt die Dortmunder Arbeiterzeitung folgendes mit:
„Daß es Genossen gibt, die wirklich nicht mehr wissen, was sie der Arbeiterschaft und der Partei schulden, ist leider eine Tatsache; daß aber die Verwirrung und Verwirrung so weit gehen konnte, wie in Hildesheim, sollte man doch nicht für möglich halten. Unsere Leser erfahren alles aus folgendem Inserat im Hannoverischen „Volkswillen“:

„Deffentliches Vortrag
des Dr. G. J. Dertel, Reichstagsabgeordneter aus Berlin, über
„Der Segen des Krieges“
am Sonntag, den 19. März, nachmittags 5 1/2 Uhr, im großen Saale des katholischen Vereinshauses in Hildesheim — Eintritt frei.
Der Ausschluß der sozialdemokratischen, konservativen, nationalliberalen, sozialdemokratischen und Zentrums-Partei in Hildesheim.“

Dr. Dertel ist bekanntlich der leitende Redakteur der Deutschen Tageszeitung, des Hauptorgans für großagrarisches Interesse. Vielleicht weiß er in dieser Eigenschaft mancherlei über den Segen des Krieges zu erzählen. Wir übrigen aber kennen in dieser Zeit der schrecklichen Weltkatastrophe, wo um die Existenz Deutschlands gerungen wird, nur unsagbares Leid und bittere Not. Wenn wir auch die Pflicht anerkennen, die uns dieser unmordenden Existenzkampf auferlegt, so erblicken wir doch überall nur graue Trübsal und nichts, was als „Segen des Krieges“ gedeutet werden könnte. Der Wille zur Einigkeit des Volkes, selbst der Burgfriede kann Sozialdemokraten nicht veranlassen, an einer Veranstaltung mitzuwirken, in der ausgesprochen Dr. Dertel über den „Segen des Krieges“ sprechen wird. Der Vorfall muß zur Warnung niedriger gehängt werden.“

So die Dortmunder Arbeiterzeitung. Sie sowohl als der Volkswille stehen auf dem rechten Flügel unserer Partei. Wir brauchen wohl nicht erst versichern, daß auch wir die Auslegung des Burgfriedens in Hildesheim für zu weitgehend halten.

Reichstagsabgeordneter August Kühn †.
Aus Oberlangensielau kommt die schmerzliche Nachricht, daß unser Genosse August Kühn im Alter von 69 Jahren verstorben ist. In ihm verliert die Partei wieder einen ihrer ältesten Kämpfer, denn schon im Jahre 1867 schloß sich der damals 21jährige junge Schneidergeselle dem Lassalle'schen deutschen Arbeiterverein an und wurde 1872 Mitglied der sozialdemokratischen Arbeiterpartei. 1890 be-

gründete er in seiner Heimat den Proletarier aus dem Culengebirge, worin er eifrig für die Sozialdemokratie neue Anhänger warb. Bis zu seinem Tode leitete er das Blatt noch als Genossenschaftsführer und Verleger. 1890 bis 1892 war er Mitglied des Gemeinderates in Langensielau und von 1889 bis 1890 Reichstagsabgeordneter für Breslau und seit 1893 mit einigen Unterbrechungen für den Wahlkreis Reichensbach-Neurode.

Genosse Fritz Geier, der Reichstagsabgeordnete für den 13. sächsischen Wahlkreis, ist nach einer Mitteilung unseres Leipziger Parteiblattes von einem leichten Schlaganfall betroffen worden. Er muß sich deshalb in der nächsten Zeit auf ärztlichen Rat von allen Anstrengungen und Aufregungen fernhalten. Wir wünschen dem bejahrten Kämpfer schnelle und volle Genesung.

Leutnant Göhre. Der sozialdemokratische Kriegsfreiwillige Reichstagsabgeordnete Göhre ist zum Leutnant befördert worden. Er dient in Leipzig.

Aus aller Welt

Wer nicht schmeckt, auch nicht gut fährt!
Von einer merkwürdigen Verquickung von Fetteinkauf und Hypotheken weiß die Frankfurter Zeitung zu erzählen. Danach soll eines Tages eine wohlhabende Hausbesitzerin, die auf dem Grundstück eines Fleischers eine Hypothek stehen hatte, diesen angeklagt haben mit der Anfrage, ob ihr der Meister nicht etwas Fett besorgen könne. Die Wittstallerin begründete ihr Verlangen damit, daß sie als Hypothekengläubigerin ja auch nicht die Hypothekenzinsen während des Krieges erhöht habe. Der Meister reagierte auf das Verlangen aber ablehnend, zumal die Dame nicht seine ständige Kundin war und er selbst nicht über so viel Fett verfügte, wie in seinem Laden verlangt wurde. Zu seiner Ueberraschung erhielt er nach einigen Tagen ein Schreiben, das besagte:

„Gehter Herr H. Hiermit wollte ich Ihnen mitteilen, daß ich Ihnen das Kapital nicht länger zum alten Zinssatz stehen lassen kann. Wenn Sie vom 1. April d. J. ab 5 p. H. zahlen wollen, so ist es mir recht, andernfalls sehe ich mich genötigt, das Kapital zu kündigen. Ihrer halbigen, möglichst umgehenden Antwort entgegengehend, zeichnet achtungsvoll Frau Geheimrat Sch.“

Man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, daß der Fleischmeister für die Nichtlieferung von Fett von seiner Gläubigerin bestraft werden soll. Was werden wir nicht alles erleben auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung?!

Soziales

Die Wohnungsnot im Kriege.
Die Frage der Hebung unserer Volkskraft ist eines der brennendsten Probleme der Gegenwart. Wie alle Fragen, so wird aber auch diese Frage nur gelöst, wenn das Uebel an der Wurzel angefaßt wird, und daß eine dieser Wurzeln die Wohnungsnot ist, das zeigen uns die Erhebungen über Wohnungsverhältnisse von erkrankten Mitgliedern, die die Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Berlin im vergangenen Jahre vorgenommen hat, und die jetzt in einem umfangreichen Bericht bekanntgegeben werden.

Einmal kommt in diesen Zahlen die Unnatürlichkeit der hohen Mietskassen zum Ausdruck. Es wurde auch hier wieder, wie schon so oft, festgestellt, daß die hohen Wohnungen, und besonders die Dachwohnungen, im höchsten Grade ungesund sind. In ihnen war die Kindersterblichkeit wegen der Kälte und Feuchtigkeit im Winter und der Schwüle im Sommer besonders groß. Aber auch eine hohe Frucht- und Lebgeburtensziffer wies die hochgelegenen Wohnungen auf dadurch, daß schwächliche Personen die zahlreichen und oft steilen Treppen regelmäßig bestiegen. Also die Gesundheit und Zahl unserer Kinder, die das wichtigste sind zur Hebung der Volkskraft, hängt in weitem Umfange von der Beschaffenheit der Wohnungen ab.

Aber auch für den Erwachsenen bestehen erhebliche Zusammenhänge zwischen Gesundheit und Wohnung. Wie in den Jahren vorher, ist auch im Berichtsjahre die Zahl der Tuberkulosekranken gestiegen und auch die Inzidenzkrankheiten wiesen höhere Ziffern auf, die auf die Wohnungsverhältnisse zurückzuführen sind. Besonders vielfach ist die Bemerkung des Berichts, daß sich in allen Räumen, die von der Ortskrankenkasse untersucht wurden, mindestens ein kranker Mensch befand. Keine Wohnung ohne einen kranken Menschen! Spricht das nicht Bände? Darum gesunde Wohnungen in genügender Zahl, darum den städtischen Wohnungsbau! Die Wohnungsnot wie sie bisher auf dem Volke lastete, darf nicht bleiben. Wenn da aber nichts geschieht, dann tritt sie nach dem Kriege noch schlimmer zutage, als vorher, da die Bautätigkeit nun schon 1 1/2 Jahre stillgelegen hat. Darum müssen unsere Kommunen der Frage des städtischen Wohnungsbaus schon jetzt näher treten. Nach dem Kriege vermag dann der schon jetzt vorbereitete Wohnungsbau der Städte den heimkehrenden Kriegern auch ein weites Arbeitsfeld zu bieten.

Literatur

Im Kampf gegen Rußland. Von Wilhelm Conrad Gomoll. Leipzig, F. A. Brockhaus 1916. 180 Seiten (in Format und Ausstattung der Soldatenausgaben von Hedins Volk in Waffen und Wegeners Volk von Eisen und Feuer) mit 42 Bildern. 1 Mark.

Im Kampf gegen Rußland. — Der Bewegungskrieg im Osten besetzt dem Kriegsberichterstatter, als der Wilhelm Conrad Gomoll, der Berliner Lyriker und Romanschriftsteller, seit Herbst 1914 im Osten weilt, ganz andere Ergebnisse als der starre Verteidigungskampf im Westen. Die von heute auf morgen unberechenbare Welle der Ereignisse wirft ihn hierhin und dorthin, überflutet ihn in den Schützengräben und Unterständen, wirbelt ihn mitten hinein in die gefährliche Brandung, wo das Knattern der Maschinengewehre und das Heulen und Krachen der Granaten fast die Besinnung erstickt, und legt ihn wieder aus in die elenden Quartiere in einem vorstufenstulichen, aber keineswegs paradiesischen Lande, das mit den Worten „russischer Winter“ und „russischer Dreck“ vollstaus charakterisiert ist. Der Mann der Feder ist hier im wahren Sinne des Wortes „im Kampf gegen Rußland“, er ist überall „mit dabei“. Er steigt mit den Soldaten in den schauerhaftesten Baracken, Ställen und Erdlöchern auf ein und derselben Streu, er ist mit ihnen Gast der Feldküche, mit ihnen im Artilleriefeuer und beim Sturmangriff, beim Schützengraben und bei der Kasperparade leitet er ihnen Gesellschaft, Alarmsignal und Telephon reißt ihn wie sie aus dem Schlaf. Der Zusammenhang mit der Truppe wird dadurch so eng wie nur denkbar, der erschütternde Ernst des Krieges wie sein Gegenbild, der unverwundliche Humor, der gerade an der Offiziersgrösste Wästen treibt, stehen ihm unmittelbar vor Augen, und selbst ein Kind des Volkes, steht der „Herr Kriegsberichterstatter“ mit dem Soldaten auf Du und Du, ohne dabei die enge Fühlung mit der obersten Heeresleitung zu verlieren. So leidet und frohlockt er mit unseren Feldgrauen, sieht er aus nächster Nähe ihre übermenschlichen Leistungen auf grundlosen Marschwegen, in Frost und Schnee, Morast und Regen, ihr zähes, unbeugsames Durchhalten, ihre vorbildliche Manneszucht und ihr siegesgewisses Draufgehen. So erlebt er mit ihnen die Notzen Tage von Lodz und Lowitz, an der Rawka und Bzura, von Gurlice-Tarnow und Jaroslau, von Brzany und Lemberg, und schließlich von Warchau und Nowo-Georgiewsk. Beim Heere Hindenburgs ist er in Polen, bei den Truppen Radensens in Galizien und bei der Heeresgruppe des Prinzen Leopold von Bayern vor Warchau. Deutsche, Oesterreicher und Ungarn sind seine täglichen und nächtlichen Feldkumpane, und die deutsch-österreichisch-ungarische Waffenbrüderschaft ist ein leuchtendes Symbol seines Buches. Gomoll hat hier ein urdeutsches Soldatenbuch geschaffen, das nicht nur bei den deutschen Kriegern im Feld und ihren Angehörigen daheim, sondern auch in ganz Oesterreich-Ungarn mit bester Freude gelesen werden wird. Eine statistische Reihe vom Verfasser ausgenommener, abwechslungsreicher und fesselnder Abbildungen vermehrt den Wert des Buches.

Lichtstrahlen. Bildungsorgan für denkende Arbeiter. Herausgegeben von Julian Borchardt.

Das Märzheft (Nr. 6 des 3. Jahrgangs) ist mit folgendem Inhalt erschienen: Die neuen Steuern. — Vergiftete Waffen. Von Noderich. — Führer und Volk. Gedanken eines Arbeiters. — Internationale Rundschau. Von Oberstator. — Die Lehren einiger Wochen. — Notizen: Die Militarisierung der Arbeiter-Jugend. Feuilleton: Energetik. Von Alfred Ruzbaum. — Goethes Faust V. Von E. Hoernle.

Solange der Kriegszustand dauert, erscheint jeden Monat ein Heft zum Preise von 25 Pfennig. Zu haben in allen Parteibuchhandlungen, bei den Korrespondenten der Partei- und Gewerkschaftspresse, sowie direkt beim Verlag, Berlin-Nichtersfeld 3, Hedwigstr. 1.

Bekanntmachung.
Hilfsbereite Männer aller Berufsclassen von guter Führung, welche entweder völlig militärdienstfrei oder dauernd garnisondienst- oder arbeitsverwendungsfähig sind, und die der freiwilligen Krankenpflege ihre Kräfte widmen wollen, können sich werktäglich in der Zeit zwischen 9 und 1 Uhr im Ober-Präsidium, Zimmer 91, unter Vorlegung ihrer Militärpapiere melden.
Danzig, den 10. März 1916.
Der Territorialbelegierte
der freiwilligen Krankenpflege für Westpreußen.
Oberpräsident v. Jagow.

Uhren
mit 3jähriger schriftl. Garantie
Silberne Herrenuhren . . . von Nr. 7,50
Silberne Damenuhren . . . „ „ 7,50
Goldene Damenuhren . . . „ „ 14,50
Weder in allen Preislagen.
S. Lewy Nflgr.
Uhrmacher, nur Breitgasse 28.

Schnupftabak
aus erstklassigen Kentuckyblättern empfiehlt die Schnupftabakkachelei
Julius Gosda, Danzig
Rohstabakhandlung.
Häkergasse 5, li. Priestergasse Nähe der Markthalle.

Erklärung!
In der Bürgerschaft ist das Gerücht verbreitet, daß am letzten Montag in meinem Laden einer Militärperson, die beim Broteinkauf nicht die genügende Anzahl Brotmarken vorgelegt habe, die Abgabe von Brot verweigert worden sei. Ich erkläre hiermit ausdrücklich, daß dieses Gerücht **unwahr ist**. An diesem Tage haben alle Militärpersonen, die bei mir zum Broteinkauf erschienen, die erforderliche Menge Brotmarken gehabt, so daß gar kein Grund vorhanden war, jemand abzuweisen. Ich habe dies auch an anderen Tagen nicht getan und jede Militärperson ebenso zuvorkommend wie jede Zivilperson bedient und werde dies auch weiter tun. Ich versichere nochmals, daß es sich bei der ganzen Angelegenheit um ein **völlig aus der Luft gegriffenes Gerücht** handelt, das seinen Ursprung nach meinem Dafürhalten in einem Racheakt haben muß.
Danzig, den 17. März 1916.
Hermann Melchior
Bäckermeister
Altstädtischer Graben 83.

Billigste Bezugsquelle für
Zigarren
u. **Zigaretten**
Ohra, Ostbahn 1.
Feldpostpaßung gratis.

Obst und Südfrüchte
taufen Genossen und Genossinnen am billigsten in der
Obst- u. Südfrucht-Zentrale
Hanstor 7.

Bernstein-Spezialarbeiter
der sich besonders auf die fabrikmässige Herstellung von
Broschen
versteht, von einem auswärtigen, altrenommierten Unternehmen gesucht.
Es wird nur auf eine erstklassige Kraft reflektiert. Stellung dauernd, angenehm und hoch bezahlt.
Off. unter Aufgabe des frühestmöglichen Eintritts, der Gehaltsansprüche, Beifügung einer Photographie erb. an
Emil Blume, Hamburg, Catharinenstr. 29.

Der wahre Jakob Farbig-illustrierte Zeitschrift für Humor und Satire
Alle anderen Werke, Bücher und Zeitschriften erhältlich
Buchhandlung **Volkswacht**, Paradiesgasse 32.

Damen- und Herren-Fahrräder
Ersatzteile 168
Mantel
Schläuche
in riesiger Auswahl enorm billig.
Reparaturen
sachgemäß, schnell und billig.
G. Ehms,
Fahrradgroßhandlung,
1. Damm 22/23 und Breitgasse.
Telephon 3478.

Betten
Bettfedern, Daunnen, Einschüttungen, eis. Bettgestelle.
Große Auswahl, billige Preise.
Bettfeder-Reinigungs-Anstalt
Hätergasse 63, a. d. Markthalle
Telephon 2788.

Für die neue Wohnung!

:: Sämtliche Umzugs-Artikel in grösster Auswahl ::
Preiswerte Angebote in Teppichen, Gardinen, Läuferstoffen
➔ Vollständige Portierenstangen und Zuggardinen-Einrichtungen ➔

Modernes Kaufhaus G. m. b. H. FREYMANN G. m. b. H. Kaufhaus

Revisionen von Garagen, Lager- und Kellerräumen haben ergeben, daß die Vorschriften der bereits am 16. 5. 15 veröffentlichten Verfügung betreffend Gummibereifung für Kraftfahrzeuge immer noch nicht in genügender Weise beachtet werden. Die Verordnung wird daher nachfolgend nochmals zum Abdruck gebracht, mit dem Bemerkten, daß die im § 6 vorgeschriebene Meldung der Bereifungen unverzüglich nachzubolen ist. Die Militärbehörden werden sofortige Einleitung eines Strafverfahrens gegen diejenigen veranlassen, die dieser Anordnung nicht nachkommen.

Kriegsministerium
 H. L. 6224 15 K. R. A.

Bekanntmachung

betreffend Vorratserhebung und Beschlagnahme über Gummibereifung für Kraftfahrzeuge jeder Art.

Nachstehende Verfügung wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht mit dem Bemerkten, daß jede Uebertretung (worunter auch verspätete oder unvollständige Meldung fällt) sowie jedes Ansehen zur Uebertretung der erlassenen Vorschriften, soweit nicht nach den allgemeinen Strafgesetzen höhere Strafen vermerkt sind, nach § 9 Ziffer „b“ des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1891 (oder Artikel 1 Ziffer 2 des Bayerischen Gesetzes über den Kriegszustand vom 5. November 1912 oder nach § 5 der Bekanntmachung über Vorratserhebungen vom 2. Februar 1915) mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10000 Mark bestraft wird, und daß Vorräte, die verschwiegen sind, im Urteil für dem Staat verfallen erklärt werden können.

§ 1.

Von der Verfügung betroffene Gegenstände.

Meldepflichtig und beschlagnahmbar sind vom feinsten Meldezeitpunkt ab bis auf weiteres sämtliche Vorräte an Gummibereifung aller Art, einschließlich der Vorräte für Kraftfahrzeuge jeder Art, auch die an Kraftwagen, für welche eine erneute Zulassungsbekanntmachung nicht erteilt wurde, bestehende Bereifung.

§ 2.

Von der Verfügung betroffene Personen, Gesellschaften usw.

Von dieser Verfügung betroffen werden:

- a) alle Personen und Firmen, die die in § 1 aufgeführten Gegenstände in Gewahrsam haben, soweit die Vorräte sich in ihrem Gewahrsam und oder bei ihnen unter Aufsicht befinden;
 - b) alle Kommanden, öffentlich-rechtliche Körperschaften und Verbände, die solche Gegenstände in Gewahrsam haben, deren die Vorräte sich in ihrem Gewahrsam und oder bei ihnen unter Aufsicht befinden;
 - c) die Empfänger von dem unter a und b bezeichneten Personen abgesetzten Gegenstände nach Empfang derselben, aus die Gegenstände sich am Meldezeitpunkt auf dem Wege befinden und nicht bei einem der unter a und b bezeichneten Personen usw. in Gewahrsam und oder unter Aufsicht gehalten werden.
- Personen, die in fremden Speichern, Lagerräumen und anderen Aufbewahrungsräumen lagern, sind, falls der Verfügungsbekanntmachung keine Vorräte nicht unter eigenem Verdict hat, von den Inhabern der betreffenden Aufbewahrungsräume zu melden und geben sie bei dieser Mitteilung an, sind in dem Besitz der betreffenden Behörde zweigeteilt vorhanden (Zweigfabriken, Filialen, Zweigbüros usw. dergl.) ist die Hauptstelle zur Meldung und zur Durchföhrung der Beschlagnahmebestimmungen auch für diese Zweigstellen verpflichtet. Die aufserhalb des genannten Bereichs im welchen sich die Hauptstelle befinden, erlassenen Befehle sollen diesen Zweigstellen betreffen.

§ 3.

Umfang der Meldung.

Die Meldungen umfassen außer den Angaben über Vorräte auch folgende Angaben:

- a) wann die fremden Vorräte gehören, welche sich im Gewahrsam des Bestimmungsbüros befinden;
- b) wo und nachher durch welche Stelle bereits von anderer Seite eine Beschlagnahme der Vorräte erfolgt ist.

§ 4.

Inkrafttreten der Verfügung.

Für die Meldepflicht und die Beschlagnahme ist der am 17. Mai 1915 (Meldezeit), mittags 12 Uhr, bestehende tatsächliche Zustand maßgebend.

Für die in § 2 Absatz c bezeichneten Gegenstände treten Meldepflicht und Beschlagnahme erst mit dem Empfang oder der Einlagerung der Gegenstände in Kraft.

Beschlagnahme sind auch alle nach dem 17. Mai 1915 etwa hinzukommenden Gegenstände.

§ 5.

Beschlagnahmebestimmungen.

Die beschlagnahmten Reifen und Schläuche verbleiben in den Lagerräumen und sind sorgfältig abzusperren. Es ist eine Lagerbuchführung einzurichten und den Polizei- und Militärbehörden jederzeit die Prüfung der Lager sowie der Lagerbuchführung zu gestatten.

§ 6.

Meldeterminungen.

Die Meldung hat unter Benutzung der amtlichen orange Meldebücher für Bereifung zu erfolgen, für die Vorzüge in den Postanstalten erster und zweiter Klasse erhältlich sind.

Dem Meldenden wird anheimgestellt, in der Meldung ein Angebot zum Verkauf eines Teils seiner Bestände oder der ganzen Bestände zu machen.

Weitere Mitteilungen irgend welcher Art darf die Meldung nicht enthalten.

Die Meldesettel sind an die Königl. Inspektion des Kraftfahrzeugwesens Berlin-Schöneberg verchriftsmäßig ausgefüllt bis zum 27. Mai 1915 ein schließlich einzureichen.

In diee Stelle sind auch alle Anfragen zu richten, welche die vorliegende Verfügung betreffen.

Diese Bekanntmachung gilt für den gesamten **Verwaltungsbereich des XVII. Armeekorps und die Festungen.**

Danzig, Graudenz, Thorn, Kulm, Marienburg,
 16. Mai 1915
 den 16. März 1916.

Stellvertretendes Generalkommando XVII. Armeekorps.

- Der kommandierende General
 gez. v. Schack, General der Infanterie.
- Der Gouverneur der Festung Graudenz.
 S. S. gez. Zillmann, Generalmajor.
- Der Kommandant der Festung Kulm.
 gez. v. Bünau, Generalmajor.
- Der Gouverneur der Festung Thorn.
 gez. v. Dickhuth-Harrach, Generalleutnant.
- Der Kommandant der Festung Danzig.
 gez. v. Pfuhl, Generalmajor.
- Der Kommandant der Festung Marienburg.
 gez. v. Rechenberg, Generalmajor.

190

Fertige
Prüfungs- u. Einsegnungs-Anzüge
Einsegnungs-Kleider
 in allen Preislagen
 4% Rabatt 4% Rabatt
Ertmann & Berlemig
 Holzmarkt 23, 25-26. 184



No 18
J. Borg
 ges. geschützt
mit Mundstück und Goldmundstück
 ist und bleibt die
beste 2 Pfg.-Zigarette.
 eine
willkommene Liebesgabe
 für unsere Krieger
 im Felde.
Überall erhältlich.
Zigarettenfabrik Stambul
 J. Borg G. m. b. H. Danzig. 192

Frühlings-Feier

der **Danziger Arbeiter-Jugend**
 am Sonntag, den 2. April, nachmittags 6 Uhr,
 im Bürgergarten, Schildis

bestehend aus

:: Musik- und Gesangs-Vorträgen ::

Rezitationen u. Reigenaufführungen

Befrieden sein zu sein

Der Jugendausschuß.

Bau- und Erwerbsgenossenschaft für Elbing und Umgegend

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

aktiva	Bilanx vom 30. September 1915	passiva	
Kassa-Konto	4925 30	Hypotheken-Konto	68077 22
Grunderwerb-Konto	982 8 95	Parlähen-Konto	12550 —
Rezervat-Konto	2925 52	Gesellschafts-Anteil-Konto	1040 —
Sparen	1015 60	Kreditoren-Konto	182 40
Rücklagen	18 —	Zinsen	421 —
		Kontingents	2000 —
		Reservefonds	6595 77
		Kapital	15376 98
	106248 37		106248 37
Mitgliederbeitrag am 1. 10. 14	49		
Eingekommen	4		
	53		
Ausgegeben	5		
Bestand	49		

Der Vorstand

R. Habel. A. Schmidt. F. Andriegli. 192



Dr. Gentner's
Lederöl
Stang
 nach Vorschrift der Militärbehörde zusammengeleht
:: :: Vörzüglisches :: ::
Leder-Erhaltungsmittel.
 In Originalgläsern und offen.
 Alleiniger Fabrikant auch des beliebten Tranlederfettes Tranolin und des Del-Wachlederputzes Nigrin (keine Wassercreme).
 Carl Gentner, Göppingen (Württemberg)

der Stadtverordnetenversammlung über die Feuermelder ausdrücklich bestätigt habe, daß Lenz von Siemens und Halske Zuwendungen erheblicher Höhe — mehrere tausend Mark — erhalten habe. Die Verhandlung verlief derartig, damit auch Böth, der jetzt Kriegsdienst tut, gerichtliche vernommen werden konnte. Dies geschah vom Amtsgericht Willau. Dabei befandete Böth, daß er von der Gelegenheit nichts wisse und davon zuerst aus der Volkswacht erfahren habe. Darauf wurde versucht, einen Vergleich herbeizuführen. Der Strafantrag war auch in dieser Sache nicht von Dr. Lenz, sondern nur vom Magistrat für diesen als Mitglied der Feuerwehrdeputation gestellt. Oberbürgermeister Scholk lehnte jedoch die Zustimmung zum Vergleich deshalb ab, weil er nicht wollte, daß darin die gerichtlichen Freisprechungen vom 25. März 1915 erwähnt wurden.

Zur neuen Verhandlung waren als Zeugen die Stadtverordneten Königsman und Dr. Lenz sowie die Berliner Siemens-Ingenieure Klinger und Trokin geladen. Die Verhandlung dauerte nur kurze Zeit. Nach der Verlesung unseres Artikels und des früheren Urteils sowie der Zeugenausfrage Böths stellte der Vorsitzende fest, daß dieser nicht vereidigt worden sei. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Rosenbaum, führte hierauf aus, zwischen den Befundungen des vereidigten Zeugen Königsman und des unvereidigten Böth läge so große Widersprüche, daß dieser unbedingt an Gerichtsstelle vernommen werden müsse. Der Staatsanwalt schloß sich dem Antrag an, ebenso das Gericht, das hierauf die weitere Verhandlung behufs Vorladung des Böth verlagte.

Stadtverordneter Lenz verließ das Gerichtsgebäude in Gesellschaft der beiden Ingenieure der Firma Siemens und Halske.

Unser Vertreter waltete seines Amtes nicht mehr im Zuhörerraum, sondern nahm am offiziellen Pressefisch zur Erfüllung seiner Berichterstatterpflicht Platz. Zum ersten Male seit Bestehen der Volkswacht.

Unsere Krieger und das Theater.

Ein feldgrauer Buchdrucker, Genosse Bruno Schmidt, schreibt uns aus Bad Ems: „Als ich in Danzig war, wurde mir die Nachricht, daß das königliche Schauspielhaus endlich in die Hand der Stadt übergehen sollte. Ich bezweifelte die Richtigkeit. Sie bestätigte sich jedoch, wie mir der Artikel Videant consules zeigte. Subeln möchte ich und die Bewohner Danzigs beglückwünschen. Denn nun haben sie es in ihrer Hand, für sich und ihre Kinder ein Institut zu schaffen, das, mit seinem Kunstsinne geleitet, sie auf die Höhe geläuterten Empfindens bringen kann. Was könnte wohl besser sein, als solch eine Kunstanstalt den seelisch tief leidenden Krieger zum Willkommen zu öffnen? Blumen? Was sind Blumen? Sie verwelken! Aber der Geist, den ich in einem Museentempel atme, verwelkt nie. Die Verwaltung meiner Vaterstadt wird wohl freudig das Theater übernehmen haben und ich hoffe, daß die Verantwortlichen mannhaltig genug waren, dies ohne jede besondere Verpflichtungen... zu tun. Die Stadt errichtet Büchereien, die von allen Bürgern benutzt werden können. Dabei ist keiner, der daraus so Kapital schlagen kann, daß andere benachteiligt werden können. Mit dem Theater muß es ebenso sein: Alle sollen daran Teil haben. Wird aber dem bevorzugten Bewerber um den Direktorsposten neben 18 000 Mark noch die Uebereinnahme gegeben, so müge das Theater lieber königlich bleiben, denn dann kommt Danzig nicht in Verzug. Denn der Jug, die kühnen Kassen, werden Uebereinnahmen bringen und deshalb von interessierter Seite mehr Beachtung finden. Die schöne Schauspielkunst erfordert gute Kräfte. Der Künstler soll Dramatik und Dichtung dem Volke übertragen und so den Weg zum Guten zeigen. Diese Künstler dürfen aber nicht mit Sorgen zu kämpfen haben. Das kostet Geld. Bringt der Direktor leichte Sachen, so verdient er Geld, gibt er gute, so ist sein Gewinn geringer; das wird er nicht wollen. Sehen wir ihn gar nicht erst in Verlegenheit, ob er uneigennützig sein will oder nicht. Uneigennützig kann nur die Bevölkerung selbst das Unternehmen leiten. So erhoffe ich denn, daß es auch dazu kommt.“

Diese Zuschrift bringen wir mit besonderer Freude als Beweis dafür, wie groß und tiefgehend das Interesse und das Verständnis für die Bedeutung der Bühne in den Kreisen der organisierten Arbeiterschaft ist. Die Befürchtungen, die Genosse Schmidt wegen der Fortsetzung des Kunstwettbewerbs an unserm Stadttheater äußert, waren wohl berechtigt, soweit ein früherer Bewerber in Frage kam. Durch eine höchst überraschende und ebenso erfreuliche Wendung der Dinge ist er jedoch ausgeschieden und die Wahl Rudolf Schapers erfolgt. In ihm hat Danzig einen hochstrebenden und kunstsinigen Theaterleiter gewonnen, der keinen Anlaß geben wird zu den Befürchtungen, die in der Zuschrift zum Ausdruck kommen. Daß auch wir die städtische Regie für die unerläßlich notwendige Form des Theaterbetriebes halten, ist selbstverständlich.

Theater-Irrungen.

Ueber die Irrungen und Wirrungen, die das Schicksal unseres Stadttheaters ganz anders gestalten sollten, als es geworden ist, haben wir nur Andeutungen gemacht. Mancherlei Rücksichten veranlaßten uns dazu. Diese sind, soweit wir sehen, auch richtig gewürdigt worden. Nur einer der Beteiligten läßt den Takt vermissen, der in dieser Frage nicht anbehalten werden kann. Herr Stadttheaterdirektor Franz Werner Gottscheid in Posen verkündete am 18. März in der Nummer 66 der Elbinger Zeitung zur Uebertragung seiner Zeitgenossen folgendes Hand schreiben:

Leider muß ich Ihnen mitteilen, daß ich die auf mich gefallene Wahl zum Theaterdirektor in Danzig nicht annehmen kann, da man hier nicht in die Lösung meines noch laufenden Vertrages willigt. Um mich aber dafür schadlos zu halten, daß mir auf diese Weise der seit Beginn meiner Bühnenlaufbahn gehegte Wunsch, einmal die Leitung des Theaters meiner Vaterstadt zu übernehmen zu sehen, nicht erfüllt werden konnte, hat mich die Stadt Posen einen neuen sechsjährigen Vertrag unter günstigen Bedingungen angeboten. Es wird mir ermöglicht, ein Vorsteher von fünfzig Mann zu gründen, mit allen Mitteln den ganzjährigen Beiträge abzuschließen und baldigst ins Leben zu rufen.

Wenn Elbing im afrikanischen Urwalde läge, so würde diese phantastische Verkündigung wenigstens noch seinem Regietalent eintrige Ehre machen. So kann es aber eine größere Ungeschicklichkeit unmöglich geben. Denn am 14. März wußte man auch schon in Elbing, daß nicht Gottscheid, sondern Rudolf Schaper fast einstimmig zum Leiter des Danziger Stadttheaters gewählt worden war. Die Wünsche des Herrn Gottscheid sind gewiß ganz anders gewesen und ebenso die — Zusicherungen, die ihm gemacht worden sind. Doch mit des Geschickes Mächten ist eben kein ewiger Bund zu schließen und das Unglück schreitet schnell. Deshalb kam Herr Gottscheid gar nicht in die peinliche Lage, auf seine Wahl verzichten zu müssen. Wenn er es jetzt auch ohne Wahl doch noch tut, so verblüfft die konsequente Durchführung seines Programms vielmehr. Als Meister der Bühne hat er sich dadurch aber ganz und gar nicht erwiesen. Deshalb freuen wir uns auch aus diesem Grunde, erfolgreich daran mitgeholfen zu haben, daß er seine Talente außerhalb Danzigs betätigen darf.

Danzigs städtische Bühne. Ein unfreundlicher Druckfehler hat den Namen unseres neuen Theaterdirektors in unserer letzten Nummer aus Schaper in Schaper verwandelt. Es bleibt natürlich trotz dieses launischen Feindes (— und der Schönschrift des Redakteurs, murren dazu die Seher —) sprachlicher Richtigkeit bei Schaper.

Der neue Direktor ist bestrebt, hier schon bewährte Kräfte wieder zu engagieren. Wir nennen Frau von Weber und Fräulein Kralle, ferner die Herren Henry, Lerch, Tobias, Pfandler und Upach. Auch ist zu erwarten, daß sich Damen und Herren auf der reformierten Bühne betätigen werden, die schon früher darauf gewirkt haben.

Unsere Postabonnenten

ersuchen wir, das Abonnement für das

2. Quartal

rechtzeitig bei der Post oder dem Postboten zu erneuern!

Expedition Volkswacht

Danzig, Paradisegasse 32.

Die Stadtverordneten haben in die neue Theaterkommission gewählt Ehm, Fuhs, Kawalki, Riese, Schmidt und Professor Dr. Simson. Der in der vorigen Stadtverordnetenversammlung als so außerordentlich wandlungsfähig dargestellte Bauachverständige Schade wurde in der Stichwahl glücklich ausgeschifft und durch Ehm ersetzt. Er selbst hat also immer noch auf Wiederwahl gehofft. Die jetzige Zusammenfassung der Kommission hat durch die Wahl des Stadtverordneten Dr. Simson, eines energischen Vertreters des städtischen Eigenbetriebes, sehr gewonnen. Wir hoffen, daß er und Kawalki das Mandat ausgleichen werden, daß noch immer von ein oder zwei anderen Ausschußmitgliedern befürchtet werden muß.

Theaterwünsche sind in solcher Menge an uns gelangt, daß wir uns für diese Nummer auf etwas sehr Notwendiges beschränken müssen. Die jetzige Einrichtung der Galerie und des Amphie muß radikal beseitigt werden! In der jetzigen Verfassung sind es Straßplätze, die vom Besuch des Theaters abgeschreckt müssen. Es ist uns unverständlich, wie diese alte Stallarchitektur, diese enge Marktplätze und alles übrige Grauwolle dort so lange geduldet werden konnte. Dabei ist nicht zu viel behauptet, daß gerade dort oben am meisten Kunstsinne und künstlerischen Verstandes vertreten ist. Mag der Preisunterschied eine etwas anders geartete Ausstattung der Plätze rechtfertigen. Zu mehr besteht jedoch kein Anlaß. Die Einrichtung muß ebenso zweckmäßig, freundlich und sicher sein, wie auf den anderen Plätzen. Wir wären gar nicht, auszumalen, was zwischen den Balken und Engpässen der Galerie geschehen würde, wenn es einmal zu einer Panik kommen sollte. Hier muß durchgreifend geändert werden. Niemand darf den Eindruck haben, daß die Galeriebesucher weniger hochgeschätzt werden als die Leute mit dem größeren Portemonnaie.

Die städtischen Kriegssteuern

beschäftigen unsere Bürgerschaft, wie uns immer wieder bestätigt wird, überaus lebhaft. Man kann es nicht verstehen, daß Danzig auch in dieser Hinsicht so sehr von der Praxis anderer Städte abweicht und Wege einschlägt, die nicht die wirtschaftlich Starken, sondern die Schwächeren, vor allem aber die geistig Regsamern, belasten. Dies ist uns besonders im Anschluß an die noch drohende Musiksteuer zum Ausdruck gebracht worden.

Solche Erwägungen sind sehr beachtenswert und sollten die Verantwortlichen für diese Steuerpläne veranlassen, möglichst noch umzukehren. Sie können auch nicht behaupten, daß die städtischen Bedürfnisse unbedingt auf die Einnahmequellen verweisen, die jetzt leider erschlossen sind oder noch eröffnet werden sollen. In der letzten Stadtverordnetenversammlung regte Stadtverordneter Schade wieder eine neue Gebühr,

und zwar für die Erhaltung der Feuerwehr, an. Wenn diese auch scheinbar von den Hausbesitzern erhoben werden würde, so würde sie doch zweifellos — und zwar mit einem weiteren Aufschlag — auf die Mieter abgewälzt werden. Dieser Vorschlag muß also unbedingt abgelehnt werden. Zu seiner Kritik muß darauf hingewiesen werden, daß gerade Stadtverordneter Schade die 40 000 Mark der Wertzuwachssteuer für unbebaute Grundstücke als „wilde Bodenreformerei“ bekämpfte und überhaupt Steuern auf Vorrat ablehnte! Er kann also auch anders.

Aus den neubeschlossenen Hund-, Müll- und Kinostrafsteuern erwartet der Magistrat insgesamt 330 000 Mark. Aus der neuen Musiksteuer noch 40 000 Mark. Dann soll noch die 20 prozentige Erhöhung des Zuschlages zur Einkommensteuer folgen. Von der in vielen Städten schon eingeführten, vor uns immer wieder geforderten und bringend notwendigen Herabsetzung der Steuergränze auf 900 Mark Jahreseinkommen ist leider noch immer nichts zu hören.

Von diesen häßlichen Steuern hätte nun ganz abgesehen werden können und unsere Forderungen wären leicht zu erfüllen gewesen, wenn man im Rathause folgende Wege beschritten hätte. Die Danziger elektrische Straßenbahn ist leider noch immer privater Besitz einer aus nur ganz wenigen reichen Leuten bestehenden Aktiengesellschaft. Wäre sie, wozu wir immer gedrängt haben, verstaatlicht worden, so hätte die Stadt im vorigen Jahre den Reingewinn von 392 464 Mark für sich verwenden können. Nun erhielten die privaten Aktionäre davon 350 000 Mark Dividende gezahlt. Auch in diesem Jahre 1915/16 will die Gesellschaft noch 6 Prozent — statt 7 im vorigen Jahr — Gewinn verteilen. Der Gewinn der Stadt wäre also fast auf gleicher Höhe geblieben.

Ehe man die ärgerliche Idee der Besteuerung der Musikfreunde entbedte, ließe sich doch mit viel größerem Recht folgender Vorschlag erwägen. Für die höheren Schulen, die fast ausschließlich von den Kindern begüterter Eltern besucht werden, zahlt die Stadt jährlich den überaus hohen Zuschuß von 5 467 50 Mark. Für jeden Volksschüler beträgt der Zuschuß 79 Mark, für jeden Gymnasiasten jedoch 23 Mark jährlich. Würde für die Kinder der reichen Leute ebenfalls nur dieser Zuschuß gezahlt werden, ein Anlaß dazu besteht in den meisten Fällen keineswegs, so würde die Stadt für die höheren Schulen nur 261 885 Mark zuschießen dürfen und deshalb 2 848 65 Mark jährlich ersparen! Rechnet man die Einnahmen aus der städtisch gewordenen Straßenbahn mit dieser Ersparung zusammen, so verfügte die Stadt über eine jährliche Mehreinnahme von 683 000 Mark! Rechnet man gar den vollen Zuschuß für die höheren Schüler mit dem Straßenbahngewinn zusammen, so ergibt das einen Mehrertrag von 945 000 Mark oder fast einer vollen Million! Dann hätte die Stadtverwaltung wirklich nicht nötig, die Musik- und Kinofreunde, die Hunde und das Müll steuerlich in denselben Topf zu werfen. Die Straßenbahn würde allein schon den Ertrag dieser Kriegssteuern decken. Dazu würde die Verstaatlichung der Bürgerchaft vollständig vermieden sein. Man würde unserer Stadtverwaltung auch nicht die Besteuerung der Krieger und Kriegerfrauen vorwerfen können.


Städtische Volksspeisehallen in Danzig.

In der letzten Zeit waren Erwägungen im Gange, durch städtische Küchenwagen die Möglichkeit einer billigen Volksernährung zu schaffen. Dieser Plan ist jedoch fallen gelassen. An seine Stelle treten Volksspeisehallen. Die beiden ersten werden in der inneren Stadt (Gerbergasse) und in Schöndorf am 1. April eröffnet. Weitere Lokale in den anderen Stadtteilen, so in der Niederstadt und am Kaiserhafen, sind in Vorbereitung. Die Einrichtung soll in keiner Weise den Charakter einer Wohlthätigkeitsanstalt tragen. Die Stadt legt Wert darauf, daß die Inanspruchnahme sowohl der Arbeiterchaft als den Angehörigen des Mittelstandes möglich ist, ohne sie irgendwie herabzuwürdigen. Eine Portion Mittagessen wird nicht mehr als 40 bis 60 Pfennig kosten. Auch außer dem Hause wird Essen abgegeben werden. Weitere Maßnahmen der Stadt bezüglich der Ernährung unserer minderbemittelten Bevölkerung sind in Vorbereitung.

4400 Zentner Breifische sind bis zum 23. März durch die Stadt Danzig zum Verkauf gebracht worden. Die Nachfrage nach den Fischen ist nach wie vor in ungemindertem Maße vorhanden.

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur Gustav Schröder, Danzig
Verlag Volkswacht J. Gebl u. Co., Danzig
Druck Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H., Königsberg i. Pr.



Singer

unübertroffen

Ueber die Vorteile verlange man unsere

Singer Säben überall



Für das Frühjahr!

Ausser unserem gut assortierten Lager in Schuh-
waren für

Herren, Damen, Knaben, Mädchen u. Kinder
verkaufen wir einen Posten

Herren-Rindbox-Agraffenstiefel

nicht ganz moderne Ware, aber äusserst dauer-
haft, zu weit ermässigtem Preise von Mk. **12⁵⁰**
nur kurze Zeit, so lange Vorrat reicht.

Stiefelkönig G. m. H. **Breitgasse 120.**

95

Konfirmanden-Anzüge

in großer Auswahl, schwarz — marengo — blau
ein- und zweireihige Fassons

Mk. **19.00 22.00 24.00 27.00 30.00**

bis zu den feinsten Qualitäten

197

W. Riese, Breitgasse Nr. 127.



Achtung! Weiße Wasche!
Nur soweit Vorrat verende ich
meine weiße, weiche Wasche, auf
geeignet für alle Zwecke, geruchlos,
gut schäumend, garantiert unschädlich für die Wäsche,
100 Pfund für Mk. 68.—, 50 Pfund für Mk. 35.—
1 Probe-Postleite (10 Pfd. br.) für Mk. 6.95
Nachnahme erst. Porto beim Bracht. Verpackung
frei! Bahnsendungen nur gegen Vorkauszahlung!
Nicht zu verwechseln mit billigeren, minderwertigen
Konfirmationsangeboten. Station und Post anfragen! Viele Nach-
bestellungen. N. Otto, Berlin 120, Holzmarktstraße 54.

**Neue und
gebrauchte Fahrräder**
sämtl. Ersatzteile, Federn, Schläuche.

Nähmaschinen

in feinsten Ausführung. 153
Kochdampfen, Tischlampen,
Gas- und Spiritussträmpfe.

A. Hein, Breitgasse 113.

187

Eine Erklärung

weshalb das kaufende Publikum meine Firma in immer
steigendem Masse bevorzugt, ist die streng reelle Bedienung
und die Güte und Preiswürdigkeit der Erzeugnisse, die ich
zum Verkauf bringe.

In hervorragender Auswahl empfehle:

Einsegnungs-Anzüge

in 1- und 2-reihig, aus dunkelblauen und tief-
schwarzen Cheviot-, Kammgarn- u. Twill-Stoffen

Mark **14⁵⁰ 16⁵⁰ 17⁷⁵ 19⁵⁰ 22.—**
25.— 28.— 33.— bis 45.—

Herren-, Jünglings- u. Knaben-Anzüge in größter Auswahl.

J. Rosenbaum

Breitgasse 128/9

Telefon 2121

Alleiniger Lieferant des Konsumvereins für Danzig.

193

Mass-Anfertigung
feinster

194

Herren-Bekleidung

Beste Verarbeitung

Sehr mässige Preise

Eugen Hasse

Kohlenmarkt 14/16.

Fernsprecher 1854.

Bei mir ist kein Warenmangel!



Guter Einkauf für Einsegnungen!

Leinen-Unterröcke hellgestr. u. leinertarf 3.95, 3.25, 2.75	Damen-Strümpfe, deutsch lang Paar 75, 45	Kinder-Schürzen farbig mit Bindeband . . . 1.45, 95
Moiree-Unterröcke alle Farben, breite Faltenvolant . . . 6.25, 5.95, 4.75	Damen-Strümpfe, extra lang Paar 65, 58, 45	Kinder-Schürzen farbig Satin 2.35, 1.95, 1.65
Stickerie-Unterröcke 3.25, 2.75, 1.95, 1.45	Damen-Strümpfe, Flor Paar 1.45, 1.15, 95	Knaben-Schürzen mit Tasche 1.30, 1.10, 90
Stickerie-Unterröcke mit breitem Volant . . . 3.95, 2.95	Damen-Strümpfe, Seidenflor Paar 2.25, 1.95, 1.65	Haus-Schürzen gute Stoffe 2.65, 1.95, 1.45, 90
Stickerie-Untertaille mit Band 2.25, 1.35, 95	Damen-Handtasche Stück 3.95, 2.45, 1.75, 95	Blusen-Schürzen 2.25, 1.95, 1.60
Fantasie-Damenhemden gute Ware 3.45, 2.95, 2.25	Elegante Damen-Handtasche Stück 7.50, 5.45, 4.25, 3.95	Blusen-Schürzen extra breit 3.95, 3.25
Achseisschluss-Damenhemden 3.25, 2.75, 2.20, 1.75	Einsegnungs-Taschentücher Stück 85, 75, 50, 35	Tee-Schürzen 1.95, 1.25, 95
Knie-Beinkleid mit Spitzkragen 2.95, 2.35, 1.85, 1.35	Glecé-Handschuhe, schwarz, weiss . . . Paar 2.15, 1.45, 95	Kinder-Kittel in Flausch, helle Farben alter Preis 1.25
Prinzess-Röcke gute Stoffe 6.50, 4.95, 3.75	Portmennais ::: Broschen ::: Ketten ::: Haargarnituren	Matrosen-Mützen 2.65, 2.10, 1.75, 1.45
Schlüpfer, alle Farben 2.65, 1.95, 1.25	Herrn-Vigognesocken Paar 60, 50, 35	Prinz-Heinrich-Mützen 1.45, 1.25, 95, 88
Damen-Korsetts 1.75, 1.65	Herrn-Socken, gewirkt Paar 95, 75	Militär-Knaben-Mützen 95
Damen-Fracks-Korsetts mit Steinhaken 4.25, 3.25, 2.95, 2.35, 1.95	Herrn-Schweisssocken Paar 1.25, 95, 75, 65	Herrn-Schild-Mützen 2.65, 1.95, 1.45
	Herrn-Moccosocken Paar 95, 75, 65	
	Herrn-Socken, bunte Paar 95, 85, 65	
	Elegante Herren-Socken, Flor u. Seide, Paar 1.45, 1.25, 95, 75	

Garnierte Hüte · Sporthüte · Kinderhüte

in der
Putz-Spezial-Abteilung

in grosser Auswahl, enorm preiswert.

Lawendelgasse 4

Modernisierungen sehr billig!

Goldsteins

Reklame-Rose

in allen Farben mit Laub
Stück **23**

96

Gardinen, weiss, ohne Meter 95, 68, 45	Filztuchdecken Stück 2.45, 1.45, 95	Normal-Herrenhemden Stück 4.25, 3.95, 3.45	Kinder-Baumwollstrümpfe Nr. 4521 Gr. 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 schwarz u. braun Paar 30, 35, 40, 45, 50, 55, 60, 65, 70 75 S. Nr. 146 Gr. 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 Laufmasche schw. u. br. P 60, 68, 76, 84, 92 S., 1.00, 1.10, 1.20, 1.30, 1.40
Bettdecken, hell Stück 3.45, 2.75, 1.95	Bettvorleger, imit. Perser Stück 1.35	Makko-Herrenhosen Stück 2.95, 2.45, 1.75	
Bettdecken, weiss, mit weisse Stück 3.95, 2.75	Stubenläufer 1.35, 75, 68	Makko-Herrenhemden Stück 3.45, 2.95, 2.75	
Stehbengardinen Paar 58	Stubenläufer, gute Ware Stück 2.95, 2.65	Einsatz-Herrenhemden, weiss Stück 3.45, 2.75	
Tüllgardinen, weiss Stück 1.35, 95	Türvorleger Stück 1.15, 95, 85	Einsatz-Herrenhemden, Makko, Stek. 3.25, 2.45	
Kaffeedecken Stück 2.45, 1.95, 1.45	Stappdecken Stück 10.50, 9.25, 7.75		

in der
Haushalt-Abteilung
grosse Auswahl

Julius Goldstein

Verlangen Sie
Rabattmarken

Junkergasse 2, 3, 4

:: Lawendelgasse 4